Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 10. Donnerstag, den 13. Januar 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Eine Wohltat für die Berufsgenossenschaften.

Wer die Berufsgenossenschaften, welche an die auf Grund der Unfallversicherungsgesetze versicherten Arbeiter oder deren Hinterbliebene die schuldigen Renten auszahlen, bereichert, beschenkt das Unternehmertum, denn die Unternehmer haben die Beiträge für die Berufsgenossenschaften zu entrichten. Anläßlich derselben „Finanzreform“, durch die man den breiten Massen rund 500 Millionen Mark neuer drückender Steuern aufgebürdet hat, schämte man sich nicht, dem deutschen Unternehmertum auf zwei Jahrzehnte hinaus eine neue Liebesgabe vom Reiche zu bewilligen.

Bis zum 31. Dezember vorigen Jahres leistete die Post den Berufsgenossenschaften einen Vorschuß, weil sie nämlich die Renten zunächst bezahlte. Die während eines Kalenderjahres gezahlten Renten bekam die Post erst am 1. Juni von den Berufsgenossenschaften vergütigt. Das Reich sorgte durch Schatzanweisungen dafür, daß die Post Geld genug hatte, um die Renten auszuzahlen. Schatzanweisungen sind Wechsel des Reiches, die an einem bestimmten Termin fällig sind und an diesem vom Reiche eingelöst werden müssen. Auf Schatzanweisungen bekommt das Reich stets bares Geld, muß sich aber vom Tage der Ausstellung bis zum Fälligkeitstermin Zinsen anrechnen lassen.

Auf Grund der Beschlüsse bei der berüchtigten Reichsfinanzreform braucht die Post seit dem 1. Januar 1910 keine Vorschüsse mehr zu leisten; sie hat vielmehr das Recht, von jeder Berufsgenossenschaft nach Belieben vierteljährlich oder monatlich die Summe im voraus zu verlangen, die voraussichtlich zur Bezahlung der Renten nötig werden wird. Stellt die Post aber ein derartiges Verlangen an die Berufsgenossenschaft, dann muß sie auf die sofortige Rückzahlung der im letzten Kalenderjahr ausgezahlten Renten verzichten. Dieser Betrag wird vielmehr der Berufsgenossenschaft gestundet. Für das gestundete Kapital, das also so hoch ist wie die Renten eines Jahres, sollen — zunächst auf dem Papier — 3½ Proz. Zinsen gezahlt und jährlich 3½ Proz. des Kapitals selbst getilgt werden. Tilgt man jährlich einen Teil des geschuldeten Kapitals, so vermindern sich die Zinsen des noch ausstehenden Kapitals. Es soll aber diejenige Summe, um die sich die Zinsen jährlich vermindern, doch bezahlt werden, um dadurch das Kapital schneller zu tilgen. Es sollen also alljährlich Tausend vom Hundert des ursprünglichen Kapitals entrichtet werden, wovon stets 3½ Prozent des noch nicht getilgten Teiles des Kapitals als Zinsen, der Rest als Tilgungsrate gelten. Das Skandalöseste ist nun, daß die Berufsgenossenschaften zwei Fünftel dieser Zinsen nebst Tilgungsraten gar nicht bezahlen sollen, sondern nur drei Fünftel; das übrige zahlt — das Reich an sich selbst. Man hört auf, den Berufsgenossenschaften etwas zu pumpen und fängt an, ihnen etwas zu schenken.

Nun sind zwar den Berufsgenossenschaften bisher die Zinsen erlassen worden. Das Reich zahlte die Renten sofort und bekam erst am 1. Juni des nächsten Jahres sein Geld zurück, mußte also bis zu diesem Termin seine Zinsen einbüßen. Aber berechnet man, wieviel das Reich nach dem neuen System und wieviel nach dem alten opfert, so ergibt sich das Resultat, daß es während der nächsten zwanzig Jahre, nämlich bis die Rentensumme für 1909 getilgt ist, jährlich um je 200 000 Mk. schlechter fortkommt, also während der nächsten zwanzig Jahre im ganzen vier Millionen Mark mehr verliert, als bei der alten Regelung der Rentenzahlung.

Um also während der nächsten zwanzig Jahre die Beiträge der Unternehmer für die Unfallversicherung im ganzen Reiche um je 200 000 Mk. pro Jahr zu ermäßigen, hat man in dem gleichen Moment, in dem man den breiten Massen viele Millionen neue indirekte Steuern aufbürdete, die Steuerzahler auf lange Zeit hinaus um eine Summe von je 200 000 Mk. jährlich belastet. Weder die Härte der Steuern, noch die Unmöglichkeit, bei der jetzigen Finanzlage des Reiches die dringendsten Kulturaufgaben zu lösen, haben die bürgerlichen Parteien veranlaßt, dem Unternehmertum die neue Wohltat vorzuenthalten.

Und dieser Bestimmung haben alle bürgerlichen Parteien des Reichstages zugestimmt. Die Regierung hat sich ursprünglich gegen die Zumutung, deren aufreizende Wirkung ihr nicht verborgen bleiben konnte, gesträubt. Aber die Parteien, welche die Interessen der besitzenden Klassen vertreten, verlangten die unerhörte Neuerung. Stimmten auch nur die Konservativen, die Mittelständler, die Antisemiten, das Zentrum und die Polen für das ganze Finanzgesetz, so gehörten doch außer diesen Parteien auch die Nationalliberalen und die Freisinnigen zu denen, welche die in diesem Artikel beschriebene Liebesgabe an die Berufsgenossenschaften vorschlugen und durchsetzten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Kattowitzer Maßregelungen.

Der Reichstag beriet am Mittwoch die beiden Interpellationen (des Zentrums und der Polen) über die Kattowitzer Maßregelungen. Bekanntlich gilt in Preußen-Deutschland die wirkliche oder angebliche Einflußnahme eines Privatmannes auf die Abstimmung seines Zigarren- oder Grünkramhändlers als schamloser Terrorismus, die Strafversetzung von Beamten aber oder der Hinauswurf von Arbeitern wegen ihrer Abstimmung als Geltendmachung gottgewollter Realitäten, wie Bismarck sich so schön auszudrücken pflegte. Wenn irgendwo, so blüht in Oberschlesien das Maßregelungssystem. An der oberen Oder hat der Feudalismus nicht weniger schlimme Orgien gefeiert als in den Ostseeländern, und nirgends hatte er für den sich breitmachenden Kapitalismus so ausgepowerte Volksmassen geschaffen als eben in Schlesien im allgemeinen und Oberschlesien im besonderen; das ist geradezu typisch für die Verkuppelung von Feudalismus und Kapitalismus, wie z. B. aus Wilhelm Wolffs „Schlesischer Milliarde“ zu ersehen. Sprachverschiedenheit und konfessioneller Zank durchkreuzen und verschärfen nun noch die sozialen Gegensätze, die der Feudalismus gegraben und der Kapitalismus vertieft hat. Bei den furchtbaren Schwierigkeiten, mit denen die sozialdemokratische Agitation noch zu kämpfen hat, kann es nicht wundernehmen, daß dort eine chauvinistische Nationalpartei mit sozialen Allüren, wie die Polen der Korfanty-Richtung sich festsetzte. Das Zentrum, das hier früher seine Domäne hatte, sah sich stark in den Hintergrund gedrängt, und mußte sich, um nicht ganz zerquetscht zu werden, zum Wahlbündnis mit den erst so wütend befehdeten Polen verstehen. Im kommunalen Wahlkampfe von Kattowitz haben nun katholische Reichsbeamte von ihrem staatsbürgerlichen Recht Gebrauch gemacht und gegenüber den Kandidaten der liberal vermummten Kapitalistengruppe für die polnisch-klerikalen Kompromißkandidaten gestimmt.

Nichts liegt uns ferner, als uns für die polnisch-klerikale Gesellschaft ins Zeug legen zu wollen, die die Mitverantwortung an dem großen Steuerraubzuge des vergangenen Sommers trägt. Daß der Interpellationsbegründer des Zentrums, Graf Oppersdorf, sich höchlichst über einen Gymnasiallehrer ereiferte, der es gewagt hatte, in einer Ferrerversammlung neben einem leibhaftigen Sozialdemokraten auf dem Podium zu sitzen, zeigt mit hinlänglicher Deutlichkeit, was es mit der Echtheit des Zentrumseifers für staatsbürgerliche Beamtenfreiheit auf sich hat. Immerhin fanden Graf Oppersdorf und der Pole Korfanty scharfe und bisweilen gute Worte und schnitten bedeutend besser ab als der die Interpellation beantwortende Delbrück, der Scharfmacher auf dem Stuhle Posadowskys, der das Maßregelungsrecht als ein Kleinod deutscher Reichsherrlichkeit in Anspruch nahm. Die Rede Delbrücks, der im Laufe der Debatte noch eine zweite ähnlichen Kalibers folgte, erregte wahre Stürme von Lachen, Zischen und Widerspruch. Nicht besser als Herr Delbrück schnitt Herr Kraetke ab. Nach Herrn Kraetke sind die betroffenen Beamten eigentlich belohnt worden, da man sie vom unsympathischen Kattowitz nach „schönen angenehmen Orten“ versetzt hat.

In der Besprechung der Interpellation ergriff zunächst im Widerspruch mit allen früheren Gepflogenheiten des Hauses das Mitglied einer der interpellierenden Partei, Herr Gröber, das Wort. In einer Geschäftsordnungsdebatte am Schluß der Sitzung wurde dieses Verfahren vom Genossen Singer, dem sich mehrere liberale Redner anschlossen, scharf gerügt. Die Rede Gröbers war eine in ihrer Art vortreffliche Anklagerede gegen die Eingriffe der Behörden in die Wahlfreiheit der Beamten. Was natürlich das Zentrum nicht hindert, gelegentlich und nicht gar selten nach Maßregelung sozialdemokratisch wählender Beamten zu rufen. Eine unverfälschte Hakatistenrede hielt der Nationalliberale Heinze. Die Besorgnis ängstlicher Gemüter, daß die Nationalliberalen mit Automobilgeschwindigkeit nach links eilen, wird dadurch hoffentlich endgültig beseitigt. Daß der Konservative Herr Henning gegen Beamtenmaßregelungen nichts einzuwenden hat, versteht sich am Rande. Da wir aber in der Ära des Schnapsblocks leben, so hütete sich der bürgerliche Wortführer der Junkerpartei sehr wohl, das liebe Zentrum irgendwie hart anzugreifen. Überhaupt darf man nicht glauben, daß die Kattowitzer Meinungsverschiedenheiten Heilige und Ritter auf längere Zeit einander entfremden werden. Edle Seelen finden sich immer.

Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Die Budgetkommission beschäftigte sich in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien mit den im Nachtrage für die Schutzgebiete angeforderten 2 Millionen Mark und dem zur Fortführung der Usambarabahn und zum Ausbau des Hafens von Tanger insgesamt erforderlichen Aufwand von 13½ Millionen Mark.

Staatssekretär Dernburg begründete eingehend die Forderung und behauptete, daß noch weite Landstriche durch den Bau der Bahn erschlossen werden können. Wenn sie auch nicht unmittelbar für die Kleinsiedelungen in Frage käme, so sei sie doch für den Plantagenbetrieb auch dann sehr geeignet, wenn sich der dauernden Ansiedelung Weißer klimatische Schwierigkeiten entgegenstellen sollten. Die weiße Bevölkerung beträgt im Bezirke Moschi, dem Endpunkt der Bahn, ganze 573 Personen. Der Bezirk Moschi soll sich nach den Versicherungen des Staatssekretärs Dernburg und denen des Unterstaatssekretärs v. Lindequist auch zum Kaffeebau eignen; ermutigend seien auch die Versuche, die dort mit Baumwollpflanzungen und Tabakbau gemacht worden seien.

Fortsetzungen der Verhandlungen am Donnerstag.

Die Ärmsten der Reichshauptstadt.

Nach den Jahresberichten der Berliner Steuerdeputation gibt es gegenwärtig in Berlin 1256 Millionäre. Der reichste darunter versteuert ein Vermögen von 43 Millionen Mark, dann folgen zwei mit je 40 Millionen Mark, dann ein weiterer mit 35½ Millionen Mark usw. Unter den Millionären sind zwei, die ein Einkommen von weniger als 3000 Mk. versteuern; der eine hat ein steuerbares Vermögen von 1,8 Millionen Mark, der andere von 1,3 Millionen Mark. Von den Berliner Millionären versteuert der Reichste ein Einkommen von 3¼ Millionen Mark, sechs andere versteuern ein Einkommen von 2 bis 2½ Millionen Mark, ein Dutzend versteuert Einkommen von ein bis zwei Millionen Mark.

Alle diese Leute haben ihr Vermögen natürlich durch die Arbeit der eigenen Hände verdient.

Abänderung der Gewerbeordnung.

Die Gewerbeordnungs-Novelle, mit der sich der Reichstag in dieser Tagung zu befassen hat, sieht die Beseitigung der Lohnzahlungsbücher vor. Durch die Novelle vom Jahre 1900 ist den Arbeitgebern die Pflicht auferlegt worden, für minderjährige Arbeiter Lohnzahlungsbücher einzurichten. Man glaubte dadurch auf die jugendlichen Arbeiter erzieherisch einwirken zu können und den Trieb zur Sparsamkeit zu wecken. Beide Hoffnungen haben sich nicht erfüllt und deshalb soll diese Einrichtung wieder wegfallen.

Die „Kreuz-Ztg.“ über die Wahlreform.

Die „Kreuz-Ztg.“ bemerkt zu der Wahlreform-Ankündigung der Thronrede:

> „Die Thronrede sagt nur, daß die Vorarbeiten für eine Reform des Wahlrechts ihrem Abschlusse nahe seien und daß die Vorlage in einigen Wochen dem Landtage zugehen werde. Diese Mitteilung ist erfreulich. Je eher durch eine Regierungsvorlage der öffentlichen Diskussion Ziel und Richtung gegeben wird, desto eher wird die aufreizende Agitation auf der einen, die beunruhigende Sorge auf der anderen Seite sich mäßigen. Mag dann der Kampf um die Vorlage selber noch so heftig werden, er wird wenigstens nicht mehr allzu lange dauern. Denn das steht — trotz der von einem freikonservativen Abgeordneten im Widerspruch mit der Mehrheit seiner Fraktion kundgegebenen Ansicht — wohl fest, daß nach dem jetzt beabsichtigten Versuch einer Wahlrechtsreform, gleichviel ob er zu einem Erfolge führt oder nicht, die Regierung in absehbarer Zeit nicht wieder mit einer neuen Vorlage an den Landtag herantreten wird, mag die Agitation sich auch noch so wild gebärden.“

Die Junker erhoffen also von der Einbringung der Wahlrechtsvorlage einmal ein Abflauen der Wahlrechtsagitation und ferner, falls nicht ein krüppelhaftes Reförmchen das Tageslicht erblickt, sondern die ganze Reform scheitert, eine Vertagung der Wahlreform ins Unabsehbare.

Damit glaubt man offenbar die Liberalen einschüchtern und für sich selbst die unzulänglichste und lächerlichste Reform einfangen zu können.

In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders! Selbst wenn die Wahlreform diesmal scheitern sollte, weil die Linke sich mit den gebotenen allzu jämmerlichen Konzessionen nicht zufrieden geben würde, wäre damit die Wahlreform selbst keineswegs von der Tagesordnung verschwunden! Im Gegenteil: das elendeste aller Wahlsysteme ist so verhaßt und dem Volke so verächtlich, daß die Regierung schleunigst eine demokratischere Reform anbieten müßte, um die Empörung der Massen zu beschwichtigen!

Aus dem Seniorenkonvent des Reichstages.

Der Seniorenkonvent des Reichstages entschied sich gestern über die Kontingentierung der Geschäfte, damit der Etat noch vor Ostern zur Verabschiedung gelangen kann.

Die früher beschlossenen Ferientage werden inne gehalten. Die ersten sitzungsfreien Tage werden vom 22. bis 24. Januar sein. Für die Beratung aller Angelegenheiten bis Ostern stehen dem Reichstage 56 Tage zur Verfügung. Davon sind berechnet:

Auf die vorliegenden Interpellationen, sowie auf die Strafprozeßordnung, die Novelle zum Strafgesetzbuch und das Gesetz über die Haftung der Beamten 8 Tage und dann werden 35 Tage für die zweite Beratung des Etats gerechnet. Von diesen 35 Tagen sind 9 Tage auf die Beratung des Reichsamtes des Innern bemessen. Die Strafprozeßordnung wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern gelangen.

Dann bleiben für die dritte Lesung des Etats 2 Tage und für Unvorhergesehenes 5 Tage.

Eine weitere Verschlechterung der Rechtspflege.

Dem Reichstag wird demnächst ein Gesetzentwurf zugehen, der die Entlastung des Reichsgerichts bezweckt. Die Arbeiten des höchsten deutschen Gerichtshofes werden von Jahr zu Jahr immer umfangreicher, sodaß die jetzige Zahl der Senate nicht mehr ausreicht. Von einer weiteren Vermehrung der Senate will man jedoch absehen, weil man dadurch eine Gefährdung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung befürchtet. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß eine Revision an das Reichsgericht dann ausgeschlossen sein soll, wenn zwei Instanzen einheitlich entschieden haben.

In der „Deutschen Juristen-Zeitung" ist jüngst bereits auf das Bedenkliche dieser Art der Regelung hingewiesen worden, und zwar wurde betont, daß die Gerichte leicht dazu kommen könnten, etwas oberflächlicher zu arbeiten, wenn sie nicht mehr mit der Annahme rechnen müssen, daß ihre Urteile vom Reichsgericht abgeändert werden.

Sie kommen nicht auf ihre Rechnung.

Die freisinnige Presse bringt aus Anlaß der Verabschiedung des Vizeadmirals Breusing beredte Klagen über das Zurückdrängen bürgerlicher Elemente aus der Marine. So schreibt die „Frankfurter Zeitung":

> Zu diesen Vermutungen hat wohl die immerhin auffällige Erscheinung Veranlassung gegeben, daß aus der höchsten Rangklasse der Admirale die bürgerlichen Namen, seitdem Prinz Heinrich an der Spitze des Seeoffizierkorps steht, allmählich verschwunden sind. Von den drei bürgerlichen Offizieren, welche in den letzten Jahren diese höchste Stufe erreicht hatten — Lindemann, Fischel und Büchsel — schied Büchsel sehr bald aus, während die beiden anderen geadelt wurden. Tatsächlich befindet sich unter den fünf Admiralen unsrer Marine kein Bürgerlicher.

Wir können es den braven Freisinnsblättern nachfühlen, denn sie schwelgten doch in den Hoffnungen, daß die Marine, die hauptsächlich im Interesse der kapitalistischen Kreise gebaut wurde und die technische Kenntnisse bei den Offizieren voraussetzt, ihre Offizierskräfte hauptsächlich aus Bürgerkreisen beziehen wird. Man sah in der Flotte so eine Art demokratische Institution. Daß aber die Hoffnung der Bourgeoisie nicht erfüllt wird, war von vornherein klar: die Junker machten den Flottenrummel nur darum mit — die „gräßliche Flotte", sagten sie —, weil sie sich als herrschende Kaste den Bedürfnissen des Industriestaates — wie sie von den Kapitalisten verfochten werden —, nicht widersetzen konnten. Schweren Herzens der Notwendigkeit gehorchend, dachten sie aber keinen Augenblick daran, das Heft in der Marine der Bourgeoisie auszuliefern. Das bürgerliche Pack ist gut genug, die niedrigeren Stellen, in denen gearbeitet werden muß, auszufüllen. Der Rahm gehört natürlich den Edelsten und Besten. Das sollten schließlich auch selbst die Freisinnigen begreifen.

Freisinniger Mandatsraub.

In Merseburg sind bei den letzten Stadtverordnetenwahlen zum erstenmal in der dritten Abteilung vier Parteigenossen ins Stadtparlament gewählt worden. Um diese „Schmach" von der recht „feudalen" Stadt abzuwenden, sannen die Bürgerlichen darauf, wie die Mandate zu kassieren seien und mit Unterstützung der freisinnigen Stadtväter kam man bald auf den rechten Weg. Seit vielen Jahren geschah in Merseburg die Auslegung der Listen nicht nach Abteilungen, sondern insgesamt, niemand nahm daran Anstoß, also arbeitete man auch diesmal nach diesem Muster. Nun aber die Roten gewählt wurden, ist das plötzlich der Stein des Anstoßes. Mit allen gegen eine Stimme wurden von den freisinnigen Stadtvertretern die sämtlichen Wahlen kassiert, denn die erste und zweite Abteilung sind natürlich „sicher". Bei der Ungültigkeitserklärung bedauerten die freisinnigen Mandatsräuber, so handeln zu müssen! Ganz wie Fischbeck und Konsorten im Landtag.

Welfen und Bündler.

Für die Provinz Hannover haben Bund der Landwirte und Welfen ein Wahlbündnis für die kommenden Reichstagswahlen geschlossen. Dieses Bündnis richtet seine Spitze gegen die Nationalliberalen, die schon seit längerer Zeit dort vom Bunde der Landwirte hart bedrängt werden. Die Welfen gelten zwar sonst als „Reichsfeinde", allein der Bund der Landwirte ist nicht gerade wählerisch, wenn es sich darum handelt, Bundesgenossen im politischen Kampfe zu finden.

Oertels Zerichopsaune.

Auf der schlesischen Provinziel-Versammlung des Bundes der Landwirte verherrlichte der Chefredakteur der „Deutschen Tagesztg.", Oertel, den schwarz-blauen Block als Friedensbund der Katholiken und Protestanten, um den Juden die Posaunen vom Munde wegzureißen und damit Musik zu machen im Kampfe der Konfessionen. — Auf dieser Provinziel-Versammlung der Rotleidenden muß es recht lustig zugegangen sein. Was werden Zorn v. Bulach und die Bischöfe des Elsaß mit der Posaune anfangen?

Ein Zentrumssieg.

Der Statthalter der Reichslande, Graf Wedel, hat jetzt in den Streit zwischen dem Staatssekretär Zorn v. Bulach und den Bischöfen von Metz und Straßburg eingegriffen. Aus Straßburg wird berichtet:

Der Statthalter Graf Wedel selbst hat jetzt an den Bischof von Straßburg ein Schreiben gerichtet, in dem er zu dem Antwortschreiben Stellung nimmt, das der Bischof unterm 4. Januar über die Frage des Beitritts der elsaß-lothringischen Volksschullehrer dem Staatssekretär übersandt hatte. Der Statthalter spricht im ersten Teil des Briefes sein Bedauern darüber aus, daß das Schreiben des Staatssekretärs Zorn v. Bulach erst in der amtlichen „Straßburger Korrespondenz" veröffentlicht wurde, bevor es den Bischöfen zugegangen war. Im zweiten Teil geht Graf Wedel auf den Inhalt des Negetitschen Artikels ein, den die Bischöfe den Lehrern zugeschickt hatten, und der für die Lehrer beleidigend und verletzend hätte wirken müssen. Der Brief des Statthalters wurde in der intimen Umgebung des Bischofs Dr. Fritzen verlesen. An den Bischof Benzler von Metz ist ebenfalls ein Schreiben des Statthalters abgegangen.

Der Statthalter will, das sieht man aus diesen Andeutungen, es mit keinem verderben; es wäre gut, wenn sein Schreiben bald im Wortlaut veröffentlicht würde. Natürlich wird und kann die klerikale Presse das „Bedauern" des Statthalters über die Veröffentlichung des Schreibens des Staatssekretärs vor dem Empfang durch die Bischöfe weidlich für ihre Zwecke ausnützen und darin eine Desavouierung des Staatssekretärs erblicken. Graf Wedel reist übrigens am 14. Januar zu mehrtägigem Aufenthalt nach Berlin, und da wird die Angelegenheit unter dem Drucke des Zentrums weiter behandelt werden. Der Leidtragende wird — so fürchten wir — der Staatssekretär Zorn v. Bulach werden!

Tschechen-Ausweisungen.

Im Riesengebirge werden Tschechen in ziemlich großer Anzahl ausgewiesen. Schlesische Blätter weisen darauf hin, daß in diesem Grenzbezirk die tschechische Einwanderung eine außerordentlich starke war und daß sich die Eingewanderten mit der Zeit selbständig machten und sich dann wieder tschechische Gehilfen kommen ließen, sodaß die deutsche Bevölkerung sich in ihren Arbeiten beeinträchtigt fühlte. Es sollen auch Leute ausgewiesen werden, die schon seit längeren Jahren in Deutschland ihrem Erwerb nachgegangen sind.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Dem Abgeordnetenhause sind bisher außer dem Etat folgende Gesetzentwürfe zugegangen:

1. Der Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung des Stadtkreises Essen;
2. Ein Gesetzentwurf, der die Änderung der Landgerichtsbezirke Krefeld, Kleve und München-Gladbach betrifft;
3. Ein Gesetzentwurf über Erweiterung des Stadtkreises Köln (Eingemeindung von Kalk und Vingst);
4. Der Entwurf eines Gesetzes betr. die Deckung der Ausgaben des Rechnungsjahres 1908.

Durch diesen Entwurf soll der Finanzminister ermächtigt werden zur Deckung des Fehlbetrages für 1908 202 Millionen im Wege der Anleihe durch Veräußerung eines entsprechenden Betrages von Staatsschuldverschreibungen zu beschaffen.

Seitens des Zentrums sind zwei Interpellationen eingereicht, die eine bezieht sich auf die Beamtenmaßregelungen in Kattowitz, die andere auf die Stellung der Regierung zum Arbeitsnachweis im Ruhrkohlenrevier.

Die Freikonservativen haben einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, darauf hinzuwirken, daß bei Erlaß eines Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen die Rechte der Hannoverschen Grundeigentümer hinreichend gewahrt werden.

Dem Herrenhause sind bisher zugegangen:

Der Gesetzentwurf, der die Vermeidung von Doppelbesteuerungen bei Heranziehung zu direkten Kommunalsteuern in verschiedenen Bundesstaaten des Deutschen Reiches betrifft;

der Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in Schlesien und der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes betr. das Staatsschuldbuch.

Diese drei Vorlagen stehen bereits Mittwoch auf der Tagesordnung des Herrenhauses.

Für eine Besteuerung der Eisenbahnfahrkarten vierter Klasse

tritt die „Kreuzzeitung" weiterhin ein. Sie läßt sich aus Weimar melden:

> Es ist ganz unglaublich, wie viele Menschen der besseren Klassen neuerdings, im Gegensatz zu früher, in der vierten Klasse reisen. Kaufleute, Rentner, Beamte und andere gut gestellte Personen mit ihren Familien, die früher nie an eine Benutzung dieser Klasse auch nur dachten, sitzen jetzt mit einer Art freudigen Behagens darin. Handelt es sich doch im Ernste gar nicht darum, die Steuer zu umgehen. Vielmehr wird diese, etwa mit einem entsprechenden Seitenhieb auf den Racker Staat, nur zum Vorwand genommen, um die größeren, für höhere Klassen zu zahlenden Beträge zu ersparen; auch weist man immer wieder lächelnd auf die Tatsache hin, daß man jetzt, von den Arbeiterzügen abgesehen, so viel feine Gesellschaft in der vierten Klasse antrifft, die auch äußerlich, in feiner Kleidung und goldenem Schmuck, den Gedanken fast nicht aufkommen läßt, daß man sich in der niedrigsten Fahrklasse befindet. Solche Beobachtungen führen jeden Denkenden zu der Überzeugung; entweder muß die Steuer gleichmäßig auf alle Klassen gelegt, oder die vierte Klasse muß — etwa unter Einführung besonderer Arbeiterzüge — abgeschafft werden.

Den Konservativen kann man es wirklich nie recht machen. Auf der einen Seite beklagt sich der Abgeordnete von Brandenstein darüber, daß Leute in den obersten Klassen fahren, die gar nicht dahin gehören, auf der anderen Seite jammert der Gewährsmann der „Kreuzzeitung" darüber, daß so viel feine Herrschaften die vierte Wagenklasse benutzen. Der Zweck der Übung aber ist regelmäßig Verteuerung des Verkehrs.

Aus dem sächsischen Landtag.

In der gestrigen Landtagssitzung wurde nach einer Begründung durch Genossen Nitzsche der Antrag auf Einsetzung eines sozialen Ausschusses durch unsere Fraktion zurückgezogen. Die sozialpolitischen Anträge sollen nach Vereinbarung des Senioren-Konvents der Rechenschafts-Deputation, die ihre Arbeiten ziemlich erledigt hat, übertragen werden. Dort ist unser Genosse Fräßdorf Vorsitzender. Dann folgte die Beratung unseres Antrages betreffs Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge. Die Genossen Riem und Held begründeten und vertraten in ausführlicher Weise den Antrag. Der Minister des Innern, sowie die Redner der Konservativen und Nationalliberalen verhielten sich ziemlich ablehnend, während der Redner der Freisinnigen sich etwas sympathischer zu dem Antrag stellte. In der bekannten Reichsverbands-Manier suchte besonders der konservative Rechtsanwalt Dr. Böhme sich an unserer Partei zu reiben, indem er eine ganze Reihe garnicht mit der Sache zusammenhängender Angriffe gegen sie richtete.

Genosse Riem nahm im Schlußwort Veranlassung, den Redner in scharfer Weise zurückzuweisen. Der Antrag wurde schließlich einstimmig der Rechenschafts-Deputation zur weiteren Beratung überwiesen. Der Antrag fordert einen Zuschuß des Staates an die Gemeinden, die in der Frage der Arbeitslosenversicherung auf Grund des Genter Systems vorgehen.

Drohender Zollkrieg mit Amerika.

Wie dem „Lokalanzeiger" aus Washington gekabelt wird, sind die Verhandlungen mit den Vertretern Deutschlands über den Abschluß eines Handelsvertrages ins Stocken geraten, weil Deutschland sich nicht geneigt zeigt, das Einfuhr-Verbot für Schlachtvieh zu lindern. Unter diesen Umständen muß ein Zollkrieg in den Bereich der Möglichkeit gezogen werden. Die Richtigkeit dieser Depesche wird im „Lokalanzeiger" von gut unterrichteter Seite bestätigt. Danach steht die Reichsverwaltung auf dem Standpunkt, daß die Überwachung der ausländischen Fleischeinfuhr ein Gebot der veterinär- und nicht der handelspolitischen Gesetzgebung sei. Angeblich kann Amerika keine Garantie dafür bieten, daß die amerikanischen Fleischprodukte, die eingeführt würden, den in Deutschland geltenden Vorschriften entsprechen. In Wirklichkeit steht es natürlich so, daß die Regierung nicht den Mut hat, den Agrariern den Fehde-Handschuh hinzuwerfen. Seit Wochen schon hetzt die agrarische Presse gegen Zugeständnisse, die Amerika beim Abschluß eines Handelsvertrages naturgemäß fordern muß. Wenn es zu einem Zollkrieg mit Amerika kommt, dann werden weite Kreise der deutschen Industrie kolossal geschädigt, vielleicht sogar dem Ruin entgegengetrieben. Das will die Reichsregierung anscheinend in den Kauf nehmen, bloß um es mit den Agrariern nicht zu verderben, die mit der schärfsten Opposition drohen, wenn es zugelassen werden sollte, daß dem deutschen Volke billiges Fleisch aus Amerika zugeführt wird.

Schweiz.

Ein Erfolg der liberalen Reaktion. In der im Kanton Tessin stattgefundenen Volksabstimmung hat die liberale Gewaltpolitik wieder einmal gesiegt, indem die Initiative betreffend die Proportionalwahl der Regierung mit 11 395 gegen 10 614, also mit einer Mehrheit von nur 781 Stimmen verworfen wurde. Bei einer nächsten Aktion kann sich sehr leicht die Minderheit in eine Mehrheit verwandeln und der liberalen Parteiherrschaft ein Ende machen.

England.

Die Fabier und die Wahlen. Neben den beiden sozialistischen Parteiorganisationen (Sozialdemokratische Partei und Unabhängige Arbeiterpartei) vertritt in England auch noch die Fabier-Gesellschaft (Fabian Society) den Sozialismus, allerdings in einer Art, die nur bei englischen Verhältnissen verständlich ist. Sie wendet sich nicht an die Arbeiterklasse, um diese für den Emanzipationskampf zu organisieren, sondern sie sucht auf bedeutende Persönlichkeiten im Bürgertum und dadurch auf die bürgerlichen Parteien einzuwirken im Sinne einer Durchdringung mit Sozialismus. In der jetzigen Wahlbewegung sind jedoch die Fabier etwas aus ihrer Reserve herausgetreten. Die jüngste Nummer des Organs der Fabian Society enthält folgende Betrachtungen und Ratschläge, betreffend die kommenden Wahlen: „Der Vorstand hält es für unnötig, einen langen Wahlaufruf zu erlassen. Er wünscht hauptsächlich, die Fabier davor zu warnen, die Wichtigkeit der Frage des Hauses der Lords zu unterschätzen. Die Sozialisten dürfen mit Recht den Anspruch erheben, daß sie es konsequent abgelehnt haben, durch konstitutionelle Pedanterien mißleitet zu werden, und daß sie erkannt haben, die wirkliche Konstitution besteht in der Summe von Macht, die im Lande wirklich ausgeübt wird. Wenn das Haus der Lords sich erkühnt, den Etat abzulehnen und eine Parlamentsauflösung zu erzwingen, und wenn das Land durch die Wahlergebnisse die Handlungsweise der Lords unterstützt, so wird schon durch diese Tatsache allein die Handlungsweise der Lords verfassungsmäßig — trotz aller papiernen Proteste der geschlagenen Partei. Die Dauerhaftigkeit unserer Einrichtungen oder die Oberherrschaft des Unterhauses wurde zuerst in Frage gezogen, als die Landarbeiter im Jahre 1885 das Wahlrecht erhielten; und seit den letzten Wahlen (1906), seitdem eine wachsende Arbeiterpartei im Unterhause erschienen ist, ist die Propaganda für die Rückkehr zur oligarchischen und autokratischen Regierungsweise ganz unverhüllt hervorgetreten und beliebt geworden. Die Bewegung: „Zurück auf die Zeit von vor 1832" ist jetzt in voller Entwicklung, und die Ablehnung des Etats durch die Lords ist ein Versuchsballon, um auszufinden, wie weit diese Bewegung nach rückwärts gehen darf. Ist dieser Versuch erfolgreich, ist die Zusammenfassung der Kräfte zur Verteidigung der Demokratie nicht entschieden genug, so wird die Reaktion so kühn werden, daß der Sozialismus ganz in den Hintergrund gedrängt werden wird von der Notwendigkeit, nicht nur das Wahlrecht zu schützen, sondern sogar die Freiheiten, die in der Revolution gewonnen wurden, zu verteidigen. Es ist deshalb tatsächlich wichtiger für die Sozialisten als für die Liberalen, daß die Lords bei den kommenden Wahlen geschlagen werden. Alle anderen Wahlfragen sind falsch. Aber die Frage, ob die demokratische Regierung des Unterhauses oder die oligarchische Regie-

rung der Lords den Mittelpunkt der Staatsmacht bilden soll, ist die wahre, wirkliche und entscheidende Frage. Unsere Schlußfolgerung ist, daß es die unabweisbare Pflicht jedes Fabiers ist, eifrig dafür zu arbeiten, daß der Anspruch der Lords und jeder Kandidat, der diesen Anspruch unterstützt, geschlagen werden. Wo ein regelrecht aufgestellter Arbeiter- oder sozialistischer Kandidat aufgestellt ist, dort ist es selbstredend unsere höchste Pflicht, für dessen Sieg zu wirken. Wo aber ein solcher Kandidat nicht aufgestellt ist, dort soll der Wähler seine Stimme so abgeben, daß sie zur Niederlage der Lords beiträgt."

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 13. Januar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Torkuhl in Kücknitz (Zwischenmeister Mädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Zuzug von Hafenarbeitern nach Harburg ist streng fernzuhalten. Die Hafenarbeiter sind in einen Abwehrkampf gedrängt wegen Lohnreduktion.

Vortragskurse für Arbeiter. Der vierte Vortrag findet morgen abend präzise 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Genosse Rühle wird in seinem Referat die germanische Wirtschaft behandeln. Wir möchten die Arbeiter Lübecks ersuchen, recht zahlreich und pünktlich zu diesem Vortragsabend zu erscheinen.

Die ausgesetzte Beratung der Gewerbesteuer. Dem Wortführer des Bürgerausschusses ist folgendes Schreiben des ständigen Senatskommissars zugegangen, das in der gestrigen Bürgerausschußsitzung zur Verlesung kam: „Im Auftrage des Senates beehre ich mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß der Senat beschlossen hat, die Spezialberatung über seinen Antrag wegen Erlasses eines Gewerbesteuergesetzes auszusetzen, um weiteres Material über die Steuerverhältnisse anderer Städte zu schaffen und dem Bürgerausschusse vorlegen zu können." — Unter diesen Umständen erscheint es wohl als ausgeschlossen, daß die Entscheidung über die Gewerbesteuer in naher Zeit fallen wird.

Die ständige Praxis der Bürgerschaft, Sozialdemokraten von den Kommissionsberatungen auszuschließen, wird auch vom Bürgerausschuß geübt. Bisher hat man noch in keine Kommission einen Vertreter der zweiten Klasse entsandt. Die wichtige Beamtenbesoldungsetatsreformvorlage wurde gestern an eine siebengliedrige Kommission verwiesen, der kein Sozialdemokrat angehört. Wir haben allerdings niemals beobachten können, daß bei der Bürgerschaftsmehrheit ein Gefühl der Anständigkeit und Gerechtigkeit den Gegnern gegenüber irgendwie nennenswert entwickelt ist; ein derartiges Verfahren, wie es von der Bürgerschaft und dem Bürgerausschuß ständig beliebt wird, muß aber direkt als schmachvoll bezeichnet werden.

In den Armen liegen sich beide. Der Wahlverein der Liberalen beschloß in seiner Generalversammlung, die Fusionsverhandlungen mit dem hiesigen Verein der Freisinnigen Volkspartei sofort aufzunehmen und beauftragte seinen geschäftsführenden Ausschuß mit der Einleitung der erforderlichen Schritte.

Der Besuch des Neuen Stadttheaters in der Zeit vom 16. September bis 31. Dezember 1909 stellt sich wie folgt: September: an 15 Tagen 6321 Personen, durchschnittlich 421, größter Besuch 806, „Figaros Hochzeit", kleinster Besuch 180, „Kabale und Liebe". Oktober: an 31 Tagen 16 190 Personen, durchschnittlich 522, größter Besuch 1018, „Tannhäuser", kleinster Besuch 163, „Die Herren Söhne", 2 Nachmittagsvorstellungen 1906 Personen, durchschnittlich 953. November: an 29 Tagen 15 444 Personen, durchschnittlich 538, größter Besuch 853, „Martha", kleinster Besuch 181, „Renaissance", 3 Nachmittagsvorstellungen 3052 Personen, durchschnittlich 1017. Dezember: an 30 Tagen 15 719 Personen, durchschnittlich 524, größter Besuch 917, „Zauberflöte", kleinster Besuch 133, „Die Grille", 6 Nachmittagsvorstellungen 5228 Personen, durchschnittlich 871. — Gegen das Vorjahr hat sich der Besuch etwas gehoben. Er würde sich zweifellos noch viel besser stellen, wenn man für die minderbemittelten Volkskreise mehr geeignete Plätze geschaffen hätte. Namentlich an Sonn- und Festtagen, sowie bei anderen außergewöhnlichen Gelegenheiten und Aufführungen beliebter Stücke kann man die Bemerkung machen, daß die Logen des ersten Ranges gähnend leer sind, während das Publikum, dessen Geldbeutel nur für die sog. billigeren Plätze reicht, wieder umkehren muß. Wir haben eben ein Theater für die besitzende Klasse, die es nicht besucht, und kein Volkstheater, wie es wirklich nötig wäre.

Konkurseröffnung. Über das Vermögen des Maurermeisters H. K. T. Wilhelm Schmidt in Lübeck, Georgstraße Nr. 45 I, ist am 11. Januar 1910, nachmittags 6½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Mandatar Grünau in Lübeck wird zum Konkursverwalter ernannt.

Donnerwetter tadellos muß jeder Besucher des Hansa-Theaters auch die letzten Vorstellungen signieren. Die Darbietungen waren durchweg hochinteressant und amüsant, deshalb auch beifällig seitens des sehr zahlreich erschienenen Publikums aufgenommen. Wer sich einige vergnügte Stunden verschaffen will, der versäume nicht, dem Ensemble-Gastspiel des Thalia-Theaters Elberfeld einen Besuch abzustatten, da das Programm in jeder Hinsicht die Ansprüche zu erfüllen imstande ist.

pb. **Schlechte Kollegin.** Festgenommen wurde in Schlutup eine Räucherei-Arbeiterin, die sich verschiedener Diebstähle an Geld zum Nachteil von Kolleginnen schuldig gemacht hat.

Im Verein für Gesundheitspflege spricht in einem Frauenvortrage am Sonnabend, dem 15. Januar im Saale des Bürgervereins Herr Dr. med. Heinß, Leiter des Frauen-Sanatoriums in Weimar. Seine langjährige Erfahrung als Frauenarzt ist geeignet, die Erörterung des Themas: „Ursachen, Vorbeugung und Heilung von Frauenkrankheiten" für die zuhörenden Frauen recht belehrend zu gestalten. Der Vereinsvorstand hofft auf einen starken Besuch, da auch für dieses Thema wieder ein wissenschaftlicher, fachmännischer Redner gewonnen ist. Der Vortrag beginnt um 8½ Uhr. Damen von Nichtmitgliedern zahlen einen geringen Eintrittspreis. — Für den Vortrag des Herrn Reinh. Gerling am Montag, 17. Januar sind Karten zu ermäßigten Preisen in der Geschäftsstube, Breitestraße 67 I und den Boten zu entnehmen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Freitag, abends 7 Uhr, kommt Wagners große Oper „Tannhäuser" zur Wiederholung. Am Sonnabend gelangt ausnahmsweise bei Mittelpreisen Humperdincks reizvolle Märchen-Oper „Hänsel und Gretel" mit dem Balletdivertissement „Rosen aus dem Süden" zum letztenmal zur Aufführung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag findet das hochinteressante Gastspiel des Ibsen-Theaters statt, welches durch seine hervorragenden Darstellungen Ibsenscher Werke einen bedeutenden Ruf in der Theaterwelt erworben hat. Zur Aufführung kommt das wirkungsvolle, packende Schauspiel „John Gabriel Borkmann" von Ibsen. In Vorbereitung für Sonntag befindet sich die erfolgreiche Schwank-Novität „Liebeslisten" (Lethe) von Gobbins.

Schwartau. Freitod. Ein 18jähriger Kutscher, der bisher beim hiesigen Drogisten Pherm tätig war, vergiftete sich gestern mit Lysol. Das Motiv dieser unseligen Tat soll Furcht vor Strafe sein.

Schwartau-Neusefeld. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariates findet morgen — Freitag — abends von 5—8 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Pinkert, „Gasthof Transvaal", statt.

w. **Mölln.** Unsere Rodelbahn liegt einem Teil der Bürgerschaft schwer im Magen; nicht etwa deswegen, weil die Bahn überhaupt gebaut worden ist, sondern man regt sich darüber auf, daß Mölln nun mit der Bahn dran sitzt und Schnee nicht fallen will. In der „Rundschau" reitet man den Pegasus und verbricht ganz erbärmliche Verse. — Zur Kennzeichnung dieser Sorte Bürger wollen wir in Erinnerung bringen, daß die bürgerlichen Blätter damals, als der Beschluß von den städtischen Kollegien gefaßt worden war, keine Worte der Kritik hatten, nur der „Volksbote" kritisierte ihn; auch unter den Stadtvätern fand sich niemand, der in der betreffenden Sitzung ein Wort der Kritik gesagt hätte. Und doch behauptet man, daß auch liberale Leute im Stadtverordnetenkollegium säßen. Soll Mölln nun schon einmal ein Kurort sein, dann kann man auch gegen die Anlage einer Rodelbahn schlechterdings nichts einwenden. Die Frage ist nur die, wird die aus den Mitteln der Allgemeinheit hergestellte Anlage der Allgemeinheit oder nur dem besitzenden Teil der Bürgerschaft zugänglich gemacht werden. Aber diese Seite der Frage ventilieren die Kritiker in der Rundschau nicht, sondern sie freuen sich ob der Rodelbahn ohne Schnee. Der Krankenhausbau, der vom „Lübecker Volksboten" seit Jahren energisch gefordert wird, wird in dem Gedicht auch endlich von bürgerlicher Seite gewünscht und daran sehen wird, daß eine berechtigte anhaltende Kritik unsererseits endlich doch berücksichtigt werden muß und wir werden an den Verhältnissen Möllns solange kritisieren, so lange sie unter aller Kritik sind. — Unhaltbarer Zustand. Gestern abend gegen 10 Uhr ertönte Feuerlärm. Laut Vorschrift haben sich die Feuerlöschmannschaften beim Spritzenhause einzufinden; kommt man nun, so wie gestern abend, zum Spritzenhause, sind die Türen verschlossen und alles fragt, wo ist das Feuer. Niemand kann Antwort geben und finden sich dann Spaßvögel, dann werden die Löschmannschaften nach einer ganz anderen Gegend geschickt, nur nicht dorthin, wo das Feuer sein soll. Das sind unhaltbare Zustände. Wir verlangen, daß, solange seitens des Kommandos der Pflichtfeuerwehr verlangt wird, daß die Löschmannschaften sich beim Spritzenhause einzufinden haben, auch dort Personen vorhanden sind, welche den Löschmannschaften ordnungsmäßig Auskunft erteilen. — Gestern abend hatte sich die in einem Kanalschiffe befindliche Ladung, man sagt Gaserde, entzündet; ein Eingreifen der Feuerwehr war überflüssig.

Hamburg. Ein entsetzlicher Raubmord ist am Mittwoch abend gegen 11½ Uhr im Hause Poolstraße 7 entdeckt worden. Ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft fand zur angegebenen Zeit die Ladentür der Pfandleiherin Louise Merkli offen. Er ging in den Laden und sah aus einem kleinen, hinter diesem liegenden Raum einen Lichtschein dringen. Als er in das Zimmer trat, wich er vor Entsetzen zurück. Vor dem im Zimmer stehenden geöffneten Geldschrank lag die Pfandleiherin ermordet mit zahlreichen Wunden bedeckt in einer Blutlache am Boden, während diverse Kästen des Geldschranks, zum Teil ihres Inhalts beraubt, auf dem Tisch usw. verstreut umherlagen. Die vorläufige Untersuchung des Schauplatzes ergab, daß die Merkli mit einem Rasiermesser, das man am Tatort fand, mehrere tödliche Schnitte am Halse aufwies, doch hat der bis zur Stunde noch unbekannte Täter seinem Opfer mehrere Hammerschläge auf die Schädeldecke verabfolgt. Unzweifelhaft hat zwischen ihm und der M. ein heftiger Kampf getobt worauf zahlreiches auf dem Fußboden liegendes, von der M. stammendes, ausgerissenes Haar hinweist. Was alles geraubt ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Hamburg. Appetitliches. Der Schlachtermeister Joh. Mügge hier hatte sich wegen Nahrungsmittelverfälschung vor Gericht zu verantworten; zugleich mit ihm sind seine Gesellen Busch und Biermann angeklagt. Durch die Verhandlung werden geradezu unglaubliche Schmutzereien in dem Schlachtereibetriebe des Hauptangeklagten aufgedeckt. Die Sache ist dadurch zur Anzeige gekommen, daß im März d. J. der Geselle Busch, der sich mit seinem Meister erzürnt hatte, auf der Polizeiwache eine Anzeige erstattete. Die Behörde ordnete sofort eine Revision an und die revidierenden Beamten fanden im Geschäftslokal von Mügge Zustände vor, die jeder Beschreibung spotten. Zunächst fanden sie über 100 Pfund total verdorbenes Fleisch, das einen geradezu widerlichen Geruch verbreitete, sodann eine Tonne voll Schweineschnauzen, die völlig verwest und mit Maden durchsetzt waren, ferner eine Mulde voll Abfallfleisch, das ekelhaft roch, und endlich eine ganze Anzahl von Würsten, die aus diesem Fleisch hergestellt und deshalb ungenießbar waren. Der Angeklagte M. will die Sache ganz harmlos hinstellen; das gefundene Fleisch sei allerdings verdorben gewesen, aber er habe es nicht zu Wurst und Sülze verarbeitet und auch nicht verarbeiten wollen; das Fleisch, das er einige Monate vorher habe eingesalzen, sei schlecht geworden, und er habe die Absicht gehabt, es aus dem Hause zu schaffen, aber er habe diese Absicht bisher nicht ausführen können, weil er sich scheute, das verdorbene Zeug mit dem Müllwagen fortbringen zu lassen. Demgegenüber sind die beiden Gesellen geständig; sie räumen ein, daß sie auf Befehl ihres Meisters seit über einem Jahre verdorbenes Fleisch hätten verarbeiten müssen; zuletzt sei ihnen die Geschichte zu widerlich geworden und sie hätten die Stellung aufgegeben. Mügge bezeichnet die Angaben als unwahr und will darin einen Racheakt erblicken. Der Gerichtshof verurteilt **Mügge zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten und von 2 Wochen gegen jeden Gesellen.**

Hamburg. Kollision „Mecklenburg" — „Hadrian". Der Dampfer „Mecklenburg" der Hamburg-Amerika-Linie, von Hamburg nach Kingston bestimmt, kollidierte im Humber mit dem englischen Dampfer „Hadrian". Der Dampfer „Hadrian" ist gesunken, „Mecklenburg" ist, anscheinend unbeschädigt, in Grimsby vor Anker gegangen. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit: Der Zusammenstoß des Dampfers „Mecklenburg" mit dem englischen Dampfer „Hadrian" auf dem Humber ist dadurch veranlaßt, daß der „Hadrian" keine Lichter führte. Der „Hadrian" ist gesunken. Der Dampfer „Mecklenburg" wird zur Ausbesserung der erlittenen, anscheinend nicht allzuschweren Beschädigungen gedockt.

Neumünster. Schwerer Unglücksfall. Auf dem hiesigen Güterbahnhofe ereignete sich gestern ein schwerer Unglücksfall. Mehrere Eisenbahnschlosser waren mit dem Aufrichten eines entgleisten Güterwagens beschäftigt, als die Maschine des 7 Uhr 18 Min. von Kiel eintreffenden Personenzuges den Schlosser Wöds erfaßte und ihn so schwer verletzte, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Kiel. Tarifbewegung im Holzgewerbe in Kiel. Da der in diesem Gewerbe zwischen Arbeitnehmern bezw. Arbeitgebern vereinbarte, bis zum 12. Februar laufende Tarif, von beiden Seiten gekündigt worden ist, hat der Holzarbeiterverband sich veranlaßt gesehen, neue Vorschläge für eine Vereinbarung den Arbeitgebern zugehen zu lassen. Gefordert wird zunächst, die wöchentliche Arbeitszeit auf 53 Stunden, bisher waren es 54, festzusetzen, d. h. sie soll einschließlich der Pausen, von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, Sonnabends dagegen nur bis 5 Uhr abends währen. Der Stundenlohn soll bis zum 31. März 1911 für Tischler 61 Pfg., für Maschinentischler 65 Pfg. betragen, von da ab 63 bezw. 67 Pfg. Junggesellen können im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit nach Vereinbarung, jedoch nicht unter 50 Pfg. entlohnt werden. Der Aufschlag von 3 resp. 2 Pfg. wird jedem Arbeiter zuteil, gleichviel, ob er bisher den im alten Vertrage genannten Lohn erhielt oder nicht. Von den Lohnsätzen kann abgegangen werden, wenn durch Alter, Invalidität usw. die Leistungsfähigkeit des Gesellen beschränkt ist. Für Überstunden, sowie Sonn- und Feiertagsarbeit wird für die Zeit bis 8 Uhr ein Aufschlag von 20 Pfg., für später ein solcher von 35 Pfg. verlangt. Diese Vorschläge gelangten in einer von der Ortsverwaltung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe nach dem Innungshaus „Harmonie" einberufenen Versammlung zur Besprechung. Sie fanden jedoch bei der übergroßen Mehrzahl der Teilnehmer wenig Entgegenkommen. Der eine meinte sogar, er würde es lieber auf ein Jahr Aussperrung ankommen lassen, als irgend etwas zu bewilligen, worauf ein anderer ihn ermahnte, mit seinen Äußerungen vorsichtig zu sein, da sie doch am nächsten Tage in der „Volkszeitung" ständen. Hoffentlich besinnen die Herren sich noch in den weiteren Verhandlungen. Jedenfalls sind die Forderungen der Gesellen bei der verteuerten Lebenslage höchst bescheidene.

Kommunales.

Ein städtischer Musterbetrieb. Staatsbetriebe sollen bekanntlich Musterbetriebe sein, naive Gemüter erwarten dies auch von städtischen Betrieben. Wie es dagegen in manchen von diesen aussieht, zeigt eine Revision des technischen Aufsichtsbeamten der Fleischerei-Berufsgenossenschaft im Leipziger Schlachthofe. Der Beamte stellte eine ganze Menge Mängel, teilweise recht grobe, fest. So fehlten an mehreren Kesseln Geländer, ebenso an Maschinen, Treppen und Luken, im Verkehrsbereich liegende Dampfleitungen, Heizkörper usw. waren nicht verkleidet, Wellen, Riemen, Riemenscheiben usw. waren nicht genügend gesichert. Pumpen, Elektromotoren und das Getriebe eines Rührwerkes und mehrerer Winden waren nicht genügend eingekleidet, Schiebetüren und Windenklinken nicht gegen Herausfallen gesichert. An der Schiebebühne hatten die Zahnräder und Transportkettengetriebe keinen Schutz, zwischen Rangiergeleisen waren Senklöcher nicht abgedeckt, eine Mühle hatte keinen Feststeller am Ausrücker und an einer Stelle heißt es: „Die freiliegenden Anker und Rohrleitungen sperren in gefahrvoller Weise den Verkehr." Ein Wolf (Fleischschneidemaschine), ein Wiegeapparat und ein Kutter sind ohne Feststellvorrichtung, sodaß die Gesellen immer in Gefahr schweben, die Arme zerfleischt zu bekommen. Die schlimmste Unterlassung ist aber die nicht genügende Absperrung der zur Reinigung außer Betrieb gesetzten Kessel durch Blindflanschen, wodurch anderweitig ja schon mehrfach die im Kessel befindlichen Arbeiter zu Tode verbrüht worden sind. Der Rat fordert nunmehr von den Stadtverordneten 4809 Mark zur Ausführung der geforderten Schutzvorrichtungen, nachdem er beim staatlichen Aufsichtsbeamten zuvor noch angefragt hat, ob die geforderten Schutzvorrichtungen auch „zweckdienlich" seien, welche Frage dieser bejaht.

Die Sozialdemokraten im Dresdener Stadtverordnetenkollegium. In der ersten Sitzung der Dresdener Stadtverordneten in diesem Jahre wurde bei der Neuwahl des Vorstandes zum erstenmal ein Sozialdemokrat in das Direktorium des Stadtverordnetenkollegiums gewählt. Stadtverordneter Genosse Braune bekleidet das Amt des Schriftführers. Auch bei der Wahl zu den Ausschüssen siegte die nationalliberale Liste mit Hilfe der Sozialdemokraten; dadurch sind unsere Genossen in allen Ausschüssen vertreten. Die konservativ-antisemitische Mehrheit in den Ausschüssen dürfte dadurch gebrochen sein.

Genossenschaftsbewegung.

Zwanzig Jahre Baugenossenschaftsbewegung. Die moderne Baugenossenschaftsbewegung datiert eigentlich erst seit dem Jahre 1889, da erst mit dem Inkrafttreten des Genossenschaftsgesetzes, welches die beschränkte Haftpflicht zuläßt, die Genossenschaft dem Wohnungsbau wirklich dienstbar gemacht werden konnte und gleichzeitig in den Reserven der Invaliditätsversicherung die Mittel dazu bereitgestellt wurden. Wenn sich bisher die Baugenossenschaftsbewegung fast ausschließlich dem Kleinwohnungsbau zugewandt hat, so lag darin eine zweckmäßige Selbstbeschränkung. Es sind dadurch die allgemein gültigen Erfahrungen für das genossenschaftliche Bauen überhaupt gesammelt worden. In der Hauptsache hat sich die Entwicklung des Baugenossenschaftswesens von 1889 bis jetzt in nahezu gleichmäßigem Fortschreiten vollzogen. Während am 31. Mai 1890 nur 50 Baugenossenschaften in Deutschland existierten, zählte man zu Anfang des Jahres 1909 848 eigentliche Wohnungs- und Baugenossenschaften und 102 Wohnungs- und Baugenossenschaften für Vereinshäuser. Leider fehlt bis heute eine Statistik, die sämtliche Baugenossenschaften und deren Entwicklung umfaßt. Die im Jahrbuche 1908 des Allgemeinen Verbandes veröffentlichte Statistik berichtet über 572 Genossenschaften. Genaue Angaben nach Formular liegen aber nur von 135 dem Allgemeinen Verbande angeschlossenen und von 23 demselben Verbande nicht angeschlossene Baugenossenschaften vor. Bis 1908 sind von den Landesversicherungsanstalten des Deutschen Reiches für den Kleinwohnungsbau 224 Millionen Mark hergeliehen worden; vom Reiche seit 1901 20 Millionen Mark, vom

preußischen Staat 120 Millionen Mark. Wird hinzugerechnet, was von der Pensionskasse für die Arbeiter der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft, den Knappschaftskassen und den übrigen Bundesstaaten für den gleichen Zweck hergeliehen worden ist, so wird die Gesamtsumme auf mindestens 400 Millionen Mark geschätzt werden müssen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 12. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Hasen 3,50—4,00 Mk., Enten 3,50—4,50 Mk., Hühner 2,00—2,50 Mk., Küken Stck. — — — Mk., Tauben Stück 0,55—0,65 Pf., Gänse Pfd. —,0—0,85 Mk., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 0,95—1,00 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40 Mk., Eier 6 Stück 60 Pfg., Heringe 5 St. 10 Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. ,—1,10 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk., Schleie Pfd. 1,20—1,40 Mk., Brachsen 70-, Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 70— Pfg., Aal Pfd. — — — Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl, d. Kopf 0,20—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Pfund 45—65 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 12. Januar.

Weizen, 116—127 Pfd. holl. 185—208 Mk. **Roggen** 112—122 Pfd., neuer holl. 135—157, **Gerste**, nach Qualität 135—150 Mk. **Hafer**, nach Qualität, alter 135—160 Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 12. Januar.

1. Klasse 277 Drittel zu 127,99 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 26 „ „ 122,19 Mk. „ „

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Mittwoch, 12. Januar.

D. Thor II, Kapt. Jörgensen, von Nakskow in 8 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Dienstag, 11. Januar.

D. Ludwig Kollberg, Kapt. Pälsson, nach Malmö.
D. Malmö, Kapt. Follin, nach Kopenhagen.

Mittwoch, 12. Januar.

D. Expreß, Kapt. Davidsen, nach Flensburg.
Teutonia, Kapt. Kücker, nach Ran.
D. Seeadler, Kapt. Mews, nach Wismar.

Schiffsbewegungen.

D. Baltic, Kapt. Sundqvist, ist gestern morgen in Helsingfors angekommen.

D. Luna, Kapt. Riemschlüssel, ist Dienstag abend von Rotterdam auf hier abgegangen.

D. Svea, Kapt. Sonesson, ist gestern nachmittag um 1 Uhr von Kalmar auf hier abgegangen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co Sämtlich in Lübeck.

Statt Karten.
Alma Berggren
Hermann Maaß.
Verlobte.
Lübeck, im Januar 1910.

Mittwoch morgen entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit unser lieber hoffnungsvoller Sohn und Bruder

CARL

im 17. Lebensjahre. Tief betrauert von seinen Eltern und Geschwistern.
Carl Zunk und Frau,
geb. Sievers.
Kl. Altefähre 15.
Beerdigung Montag, 17. Januar, 2½ Uhr von der Leichenhalle Vorw.

Umständehalber **eine Dreistubenwohnung.** Preis 260 Mk.
Steinraderweg 28c. Laden.

Diverse Möbel billig zu verkaufen
Johannisstraße 41.

Kinderwagen m. Gr., g. erh., zu verk. Sedanstraße 17.

fl. gelbe Eßkartoffeln a Sack Mk. 5.50; allerf. **Magnum bonum, französische und Gesellschaftskartoffeln** empfiehlt billigst frei Haus. — Wiederverkäufern Ausnahmepreise.
C. Heese, L. Jacobsen Nachf. Meierstr. 26. T. 1440

— **Apfelsinen, süße Früchte** —
1 Dtzd. 75 Pfg.
1 Dtzd. 40 Pfg.
Adler-Drogerie, Schwartau.
Henning von Minden Nachfl.
Inh.: **Robert Tern.**

Hasenfelle
Kanin, Marder, Fuchs und Iltis, sowie **Pferdehaare** kauft zu den höchsten Preisen.
D. WAGNER, 8 Holstenstraße 8.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28**, Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Die Krankenpflege im Hause

als neunzehntes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben erschienen. Ein unentbehrlicher Ratgeber für jede Familie, da über Behandlung der Kranken im allgemeinen, Einrichtung der Krankenstube, Hilfeleistung, Lagerung und Reinhaltung des Kranken 2c. wichtige Ratschläge gegeben sind.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

General-Versammlung
am Freitag, 14. Jan. 1910
bei H. Braasch, Hundestr.
Tages-Ordnung:
1. Berichte.
2. Anträge.
3. Wahlen.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Halt!

Wenn Sie Malzkaffee einkaufen, dann achten Sie darauf, daß man Ihnen nur den echten Kathreiners Malzkaffee gibt und keine der vielen Nachahmungen oder gar lose ausgewogenen Malzkaffee, der oft weiter nichts wie gebrannte Gerste ist.

Kathreiners Malzkaffee, dessen Verbreitung von Jahr zu Jahr zunimmt, wird von keinem anderen Malzkaffee an Güte und Wohlgeschmack erreicht. Er kommt nie lose ausgewogen zum Verkauf, sondern nur in geschlossenen Paketen mit Bild des Pfarrer Kneipp.

Geschäftseröffnung.
Eröffne am heutigen Tage eine
Schlachterei
Langer Lohberg 20.
Da ich stets beste frische Ware zu billigsten Preisen liefere, bitte ich um gefällige Unterstützung meines Unternehmens.
Adolf Scheel,
Lübeck.

Gesangverein der Zimmerer.

Generalversammlung
am Freitag, 14. Jan. 1910
bei J. Mohr, Hundestr. 101.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Vorstandswahl.
3. Festlegen der Jahresfeste.
4. Innere Vereinsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Täglich 8½ Uhr:
Nur noch wenige Aufführungen.
Gastspiel des Thalia-Theaters, Elberfeld
„Das Sensations-Ereignis"
„Donnerwetter tadellos"
Gr. hum. Ausst.-Revue in 8 Bildern mit Ges. u. Bail. v. **Julius Freund.**
Musik von Paul Lincke.
1. Bild: Geburtstag der Venus. 2. Bild: Vor dem Hotel Kaiserhof in Berlin. 3. Bild: Ein Five o'clock im Kaiserhof. 4. Bild: Eine Reform-Kaserne. 5. Bild: Aus Deutschlands grossen Tagen. 6. Bild: Auf der „Ila" in Frankfurt a. M. 7. Bild: Der Luftschiffer-Korso. 8. Bild: Grosse Pracht-Apotheose (Deutschlands Zukunft).
3 große Balletts
Eine wahre Pracht an glänzender Ausstattung u. feenhaften Lichteffekten.

Selten günstiges Angebot!
Offeriere einen Posten gute
Zervelatwurst
anstatt sonst 1.40 Mk. jetzt
nur 1.10 Mk. das Pfund.
Auf sämtliche Fleisch- und Wurstwaren gebe ich
4% Rabatt.
Verkauf in meinen sämtlichen Detailgeschäften.
Thüringer Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik
August Scheere.

Prima dicke hiesige Flomen
per Pfund nur 80 Pfg. empfiehlt
H. Kronsbein, Braunschwg. Wurstfabrik,
Travemannstr. 26/28. Fernruf 1439. Hansastr. 95, Ecke Töpferweg. Fernruf 2182.

Central-Biograph
Mühlenstraße, Ecke Königstraße.
Heute: Neues Programm.

Achtung!
Fabrikarbeiterverband

Unsere am Freitag, dem 14. Januar, stattfindende
Mitglieder-Versammlung
fällt wegen dem Vortragsabend aus und findet dieselbe statt
am Sonnabend, 15. Jan.,
abends 8½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom Wintervergnügen.
3. Wahl der Generalversammlungsvertreter.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokr. Frauen Schwartau-Rensefeld.
Versammlg. fällt heute aus

Vortragskurse für Arbeiter.

Freitag, den 14. Januar 1910,
abends 8½ Uhr:
Vierter Rühle-Abend
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Eintrittskarten sind am Eingang zu haben.
Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein
Die Kartellkommission.
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Stadthallentheater.
Freitag, 14. Januar. 7½ Uhr.
Einmaliges Gastspiel des Ibsen-Theaters
Internation. Tournee Marie Rehoff mit eigenem Ensemble.
John Gabriel Borkmann.
Schauspiel von Henrik Ibsen.
Dutzendkarten ungültig.
Gewöhnliche Preise.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel**, Markt 14, und **Roß**, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Freitag, 14. Januar. 7 Uhr.
Voll-Ab. 103. Freitag-Ab. 17.
Tannhäuser.
Große Oper von R. Wagner.
Sonnabend, 15. Januar. 7½ Uhr.
Ausnahmsweise Mittelpreise.
Hänsel und Gretel.
Märchen-Oper von Humperdinck.
Hierauf **Rosen a. d. Süden.** Ballett.
Sonntag Nachm. 3 Uhr.
3. Volksvorst. **Jeder Platz 50 Pf.**
Wallenstein I. Teil
„Die Piccolomini".
Von Schiller.
Abends 7 Uhr: Die Fledermaus.
Operette von Strauß.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 10. Donnerstag, den 13. Januar 1910. 17. Jahrg.

Die neue Fernsprechgebühren-Ordnung.

Der Entwurf einer neuen Fernsprechgebührenordnung, dieser echte Kraetke, wie ihn Genosse Singer nannte, ist mit Bülows Abgang in der Versenkung nur verschwunden, um mit Bethmanns Antritt wieder aufzutauchen. Das ist nicht verwunderlich, denn die neue Fernsprechgebührenordnung paßt als rein agrarischer Verkehrshemmschuh noch viel besser in die Ära des konservativ-klerikalen Schnapsblocks als in die des konservativ-liberalen Hottentottenblocks. In diesem Sinne könnte man fast sagen, daß Kraetke seiner Zeit vorausgeeilt ist.

Der linksliberalen Presse ist die Ankündigung der Auferstehung der neuen Fernsprechgebührenordnung das Signal zu heftigen Angriffen auf Kraetke gewesen, ohne daß man dort seinen Entwurf irgendwie großzügig kritisiert und grundgehend zerpflückt hätte. Es dürfte deshalb an der Zeit sein, diese Arbeit einmal hier vorzunehmen.

Die deutsche Reichspost kann sich in der Tat rühmen, zuerst den Fernsprecher dem öffentlichen Verkehr nutzbar gemacht zu haben. Im Oktober 1877 brachte die in Neuyork erscheinende Fachschrift „Scientific American" die erste Nachricht von der erfolgreichen Verwendung des Bellschen Telephons zur Sprachübermittelung nach Berlin. Schon am 9. November 1877 berichtete Stephan an Bismarck über die mit dem Bellschen Telephon von der Reichspostverwaltung angestellten Versuche und teilte dem in Varzin sitzenden Reichskanzler mit, daß die Reichspost die neue Erfindung in den Dienst des öffentlichen Verkehrs stellen wolle. Zunächst wurden die Postorte ohne Telegraphenanstalten durch Fernsprecher an das Telegraphennetz angeschlossen, und alsbald ging Stephan auch schon dazu über, die Großstädte mit Fernsprechleitungen zu überspinnen. Die Berliner Geschäftswelt, die Stephan zuerst für seinen Plan zu erwärmen suchte, zeigte jedoch wenig Verständnis für die neue Idee. Nur aus persönlicher Gefälligkeit erklärten sich die Häupter einiger großen Bankhäuser und Industriefirmen zur Teilnahme an einer Berliner Stadtfernsprechanlage bereit. Endlich nach jahrelanger Agitation brachte Stephan in Berlin 94 Teilnehmer zusammen, und am 12. Januar 1881 wurde die Stadtfernsprechanlage dem Verkehr übergeben.

Jedes Kind weiß, wie glänzend sich Stephans Idee bewährte. Sie bewährte sich so glänzend, daß jetzt Stephans zweiter Nachfolger das entgegengesetzte Verfahren einschlägt und dem Publikum das Fernsprechen durch einen Fernsprechmaulkorb in Gestalt eines Verhinderungstarifs verekeln will.

Einen guten Teil ihres großen Erfolges verdankte Stephans Idee dem mit feinem Instinkt gewählten Gebührentarif, der Pauschalsumme, die jede Zeit vertrödelnde Pfennigrechnerei unnötig macht und den Geschäftsmann den Fernsprecher so ergiebig wie möglich ausnutzen läßt. An diesem System hat zuerst Herr v. Podbielski gerüttelt, und zwar im Interesse der Agrarier. Er führte neben der Pauschalsumme für wenig sprechende Teilnehmer, die hauptsächlich auf dem platten Lande zu finden sind, die Einzelgesprächsgebühr ein. Das war verkehrstechnisch ein Rückschritt. Wenn für die sogenannten kleinen Leute die Pauschalsumme zu hoch war, so hätte eine Herabsetzung der Summe für kleine Teilnehmer dieselben Dienste getan. Man würde, wenn man neben der Einzelgebühr kleine Pauschalsummen zugelassen hätte, bald die Erfahrung gemacht haben, daß auch die wenig sprechenden Teilnehmer die Pauschalsumme vorgezogen hätten. Die Einzelgebühr bringt es eben mit Naturnotwendigkeit mit sich, daß der Teilnehmer die Benutzung des praktischen Verkehrsmittels auf das Allernotwendigste einschränkt, während doch ein Verkehrsinstitut den Verkehr nicht hemmen, sondern fördern soll. Das vornehmste Prinzip eines modernen Verkehrstarifs muß die Einfachheit sein. Die Einfachheit ist aber unmöglich, wenn man mit bureaukratischer Bedenklichkeit an dem Grundsatz festhalten will, was Kraetke in der Begründung seines Entwurfes tut, daß Gebühr und Leistung in jedem einzelnen Falle harmonieren müßten. Wenn Kraetke überall diesen Grundsatz durchsetzen wollte, müßte er auch das Briefporto wieder nach den alten Entfernungssätzen umgestalten, woran selbst nicht einmal ein Kraetke denkt.

Fortschrittlich und verkehrsfördernd wäre es gewesen, wenn das Pauschalsystem auf den Telephonverkehr nach auswärts und auch auf die kleinen Teilnehmer ausgedehnt würde. Ein geschickter Verkehrsorganisator könnte es schon fertig bringen, einen Pauschaltarif aufzustellen, bei dem sowohl die Reichspost auf ihre Rechnung käme wie das Publikum. In diesem Sinne hätte Kraetke reformieren müssen, wenn er ein großzügiger Organisator wäre. Daß er in seiner Begründung behauptet, in einem Verkehrsinstitut müßten Leistung und Bezahlung unter allen Umständen rechnerisch genau im richtigen Verhältnis stehen, zeigt jedoch für sich allein schon, daß er kein großzügiger Organisator, sondern ein kleiner Bureaukrat ist.

Herrn Kraetke hat die Kleinkrämerei, die die Einzelgebührenordnung mit sich bringt, so gewaltig imponiert, daß er damit die ganze Geschäftswelt beglücken will. Doch das ist mehr ein Ausfluß seines rechnerisch geprüften Kalkulatorenherzens. Die Hauptbeweggründe, die ihn leiten, sind anderer Art.

Zunächst brachte die Erhöhung des Ortsportos, durch die der im Postdienst ergraute Bureaukrat das verdarb, was der postalische Dilettant v. Podbielski gutgemacht hatte, eine so enorme Einschränkung des Ortsverkehrs mit sich, daß die Post ein sehr schlechtes Geschäft mit dem Kraetkeschen Geniestreich machte. Der Ortsverkehr ging zu einem guten Teil auf den Fernsprecher über, was die Zahl der Gespräche gewaltig anschwellen ließ. Jetzt will Kraetke diesen abgewanderten Verkehr, den er mit seiner Ortsbriefverteuerung selbst aus der Portokasse der Postämter vertrieben hat, in den Telephongehäusen wieder auffangen und dort zu Geld machen. Wenn das nicht, wenn auch mit etwas anderen Worten, in der Begründung der neuen Fernsprechgebührenordnung selbst stünde, könnte man kaum glauben, daß der Leiter des größten Reichsverkehrsinstituts mit solchen Mitteln operiere.

Es kommt aber noch besser. Ganz offen spricht Kraetke in seiner Begründung den frommen Wunsch aus, daß es hoffentlich der neuen Gebührenordnung gelingen werde, den Sprechverkehr tüchtig einzuschränken. Schon im Jahre 1900 sei infolge der Zulassung von Anschlüssen mit Einzelgebühren eine Reduktion der Gesprächszahl um 33 Prozent eingetreten. Da inzwischen die Ausnutzung der Pauschalanschlüsse zugenommen habe, schätze die Denkschrift den Rückgang mit 40 Prozent wohl nicht zu gering ein; denn die Teilnehmer würden, wenn jedes Gespräch einzeln bezahlt werden muß, bemüht sein, die Zahl der Gespräche durch geeignete Maßnahmen, wie durch Zusammenfassung ihrer Nachrichten usw., zu vermindern.

Man sollte es kaum glauben, wenn man es in der Begründung nicht schwarz auf weiß hätte: Die neue Gebührenordnung ist nicht auf Hebung des Fernsprechverkehrs, sondern auf eine Einschränkung desselben gerichtet. Um dem gegenwärtigen Verkehr auf die Dauer gerecht zu werden, müßte Herr Kraetke die Zahl der Telephonbeamten und der Telephonleitungen nicht unerheblich vermehren. Das ist ihm aber zu kostspielig, und deshalb trifft dieses Prachtexemplar von einem Verkehrsminister Maßnahmen, die den Fernsprechverkehr hemmen und zurückschrauben. Er rechnet damit, so glücklich in der Wahl seiner Verkehrsdaumenschrauben gewesen zu sein, daß die Fernsprechteilnehmer sich künftig nur in den dringendsten Fällen der modernsten und bequemsten Nachrichtenübermittelung, des Fernsprechers, bedienen und sonst, wenn es irgend angeht, lieber einen Expreßboten schicken, einen Ortsbrief schreiben oder gar selber auf das Rad, ins Automobil oder in die Elektrische steigen, um die Sache persönlich abzumachen, die gute alte Droschke und die ehrwürdigen Schusterrappen sind natürlich nicht ausgeschlossen.

Köstlich ist Kraetkes Spekulation auf das Zusammenfassen der Nachrichten. Wenn zum Beispiel ein Kaufmann, denkt Herr Kraetke, seinem Geschäftsfreund eine telephonische Mitteilung zu machen hat, so sagt er sich: „Die Einzelgebühr von 4 Pfg. könnte ich doch sparen; vielleicht habe ich in einer Stunde meinem Freunde noch etwas zu sagen, in zwei Stunden wieder etwas, und in vier Stunden könnte ich ihn unter Umständen auch noch einmal anklingeln müssen. Da warte ich also lieber die vier Stunden ab und sage dann alles für 4 Pfg. auf einmal." So sieht Kraetkes Weisheit aus, wenn man sie aus dem Aktendeutsch der Denkschrift des Reichspostamts in die Alltagssprache übersetzt. Hat der Mann eine Ahnung vom Geschäftsleben! Und ein solches Verkehrsgenie, das einen Entwurf damit begründet, daß es ihm nachrühmt, er würde den Verkehr in erheblicher Weise einschränken, die Verkehrsinteressenten von den modernen, schnellen, bequemen Verkehrsmitteln abhalten und den alten, langsamen, unbequemen zuwenden, steht im Zeitalter des Weltverkehrs an der Spitze der Postverwaltung eines Staates, der sich für einen modernen Kulturstaat ausgeben möchte!

Auch sonst ist die Begründung reizend. So stützt sie sich im einzelnen hauptsächlich darauf, daß bei den Anschlüssen mit Einzelgesprächsgebühr die Durchschnittsgebühr viel höher komme als bei Anschlüssen mit Pauschalgebühr. Die Anschlüsse mit Gesprächsgebühr zahlen 60 bis 100 Mark Grundgebühr und für jedes Gespräch 5 Pfg. Dabei kommen im Durchschnitt auf ein Gespräch 17,3 Pfg. Die Anschlüsse mit Pauschalgebühr zahlen ein Abonnementsgeld von 80 bis 180 Mk., wobei im Durchschnitt auf ein Gespräch 4,5 Pfg. kommen. Angenommen, die Rechnung sei richtig, so beweist das nur, daß das Gesprächsgebührensystem geändert und so gestaltet werden muß, das im ersteren Falle das Gespräch billiger kommt, Es käme allerdings schon so wie so billiger, wenn auch der kleine Teilnehmer nur Pauschale zahlte, weil er dann den Fernsprecher besser ausnützen würde. Sonderbarerweise aber behauptet die Begründung, daß gerade das für den Teilnehmer ungünstigere Einzel-

Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern
von A. Otto Walster.

143. Fortsetzung.

„Und was, meinen Sie, ist unter solchen Umständen zu tun?"

„Das Beste ist unbestritten, von meinem Standpunkte aus, ich ziehe alle Truppen nach Westen auf die Höhen, setze mich in Verbindung mit den Truppen, die hierher dirigiert werden können. Und, wenn es sein soll, kann die Stadt bombardiert werden."

„Das sind schlimme Aussichten; hätte ich das ahnen können, würde ich die Arbeiter hingehalten haben, bis wir imstande waren, alle Maßregeln auszuführen, ohne daß auch nur eine Idee von Insurrektion gefaßt werden konnte."

„Das ist nun vorüber und kommt nicht mehr in Frage. Ich habe hierüber auch kein Urteil."

„Können Sie nicht noch einen energischen Versuch machen?"

„Wenn es gewünscht wird, muß ich's tun. Ich müßte meine Truppen zusammenziehen und durch Bomben Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu bringen versuchen, aber großen Schaden verursachts und viel Blut kostets, das muß ich vorbemerken, damit mir später kein Vorwurf daraus entsteht."

„Und den beregten Rückzug würden Sie dann immer noch ausführen können?"

„Ich würde ihn auf jeden Fall im Auge zu behalten haben."

„Nun, dann in Gottes Namen, noch einmal mit aller Entschiedenheit; es wird schon gehen."

Kaum war dieser Zuspruch geäußert, als ein Flügeladjutant eintrat und die beiden Exzellenzen ersuchte, sofort bei seiner Majestät zu erscheinen.

„Wie?" rief der Ministerpräsident, „was meinen Sie? Se. Majestät? Wohin sollen wir reisen?"

„Se. Majestät haben geruht, soeben in Ihre Residenz zurückzukehren," erklärte der Adjutant steif.

„In die im Aufruhr begriffene Stadt? Nun, das ist ja wunderbar. Kommen Sie, Exzellenz; wir eilen, Herr Adjutant, Sr. Majestät unsere untertänigste Aufwartung zu machen."

In der Tat war der Monarch auf erhaltene Kunde von den bevorstehenden ernsten Konflikten in seine Residenz zurückgekehrt, ohne in irgend einer Weise von den Insurgenten behelligt worden zu sein. Nur kurz vor den Toren wurde der Wagen angehalten und an den Landkommandanten die Nachricht gebracht. Reinisch ritt sofort nach dem Punkte und rief schon von weitem:

„Laßt die Wagen frei, wir führen keinen Krieg mit dem König, sondern nur mit seinen schuftigen Ministern."

Der Monarch hatte sich hierauf aus dem Wagen gebeugt, den Kommandanten zu sich bitten lassen, und fragte ihn, der mit dem Hute in der Hand erschien:

„Wer sind Sie?"

„Joseph Reinisch ist mein Name."

„Was sind Sie?"

„Bauer und Müller zu Bleichungen, Ew. Majestät."

„Und gegenwärtig?"

„Mitglied der revolutionären Regierung und Oberkommandant über die Mannschaften in der Umgebung der Stadt."

„Wollen Sie mich in die Stadt begleiten?"

„Zu Diensten, Majestät, ich will nur den Stellvertreter beauftragen."

Und Reinisch kam im Gefolge des Königs in die Stadt, war mit ins königliche Schloß geritten, wo er abstieg und eingeladen wurde, einzutreten.

Kurze Zeit darauf erschienen in Folge der erwähnten Bestellung der Minister und der General. Letzteren forderte man zuerst auf einzutreten, um dem Könige ausführlichen Rapport zu erstatten. Nach Anhörung desselben runzelte der König die Stirn und sagte:

„Also beinahe geschlagen? Das ist das Allerschlimmste bei der Sache. Gehen Sie, Herr General, und suchen Sie sogleich einen kurzen Waffenstillstand zustande zu bringen. Sprechen Sie mit Herrn Reinisch, der im Schlosse anwesend ist, und eilen Sie, ich bitte."

Darauf wurde Dr. Raffmaus gerufen, der mit ziemlich verlegener Miene eintrat. Der König ging rasch auf ihn zu und rief:

„Ach, Herr Minister, in welchem Zustande muß ich meine Residenz vorfinden, es hat mich sehr betrübt."

„Mich gewiß nicht minder, Ew. Majestät können versichert sein."

„Und für mich so unvermutet, da mir darauf vorbereitende Nachrichten in keiner Weise zugegangen."

„Die Besorgnis, Ew. Majestät in vielleicht gänzlich unbegründete Unruhe zu versetzen, und später das Unterbrechen der Telegraphen- und Eisenbahnlinien sind die Ursache."

„Befanden Sie sich, Herr Minister, und befinden Sie sich noch bei Ihrem Vorgehen in Übereinstimmung mit den Herren Kollegen?"

„Im Anfang waren wir etwas geteilter Meinung, die sich indessen mit der Zeit ausglich, und so darf ich sagen, daß ich mich, nachdem der Handelsminister, Herr Doktor Lutz, sein Portefeuille definitiv niederzulegen, sich trotz der Abwesenheit von Ew. Majestät nicht abhalten ließ, mit meinen sämtlichen Herren Kollegen in übereinstimmung befinde."

Der König ging hierauf mit großen Schritten im Zimmer auf und nieder, dann blieb er vor dem Minister stehen und erklärte:

„Herr Minister, als ich Sie aufforderte, ein volkstümliches Ministerium zu bilden, tat ich es, obwohl ich die alten treuen Räte nur mit Schmerzen gehen sah, einzig und allein, weil ich mit meinem Volke in Frieden zu leben wünschte, was, meiner Ansicht nach, nicht nur in allen Dingen nützlich, sondern auch möglich ist. Sie, Herr Minister, hielt ich, wegen Ihrer Stellung in der Ständekammer, für den Vertrauensmann des Volkes und ließ Sie rufen. Ich habe mich, wie ich jetzt leider mit großem Bedauern bemerke, in Ihrer Stellung zum Volke arg getäuscht und will Sie deshalb gebeten haben, Ihren Herren Kollegen mitzuteilen, daß ich es nicht ungern sehen würde, wenn Sie mir alle eine Bitte um Entlassung aus Ihrer verantwortlichen Stellung vortragen wollten."

„Ich werde dem Wunsche Ew. Majestät aufs schleunigste nachzukommen bemüht sein."

Der Minister verbeugte sich und ging, der Monarch entließ ihn mit einer leichten Verneigung und ließ dann den Herrn von Hohenhausen rufen, der unverzüglich erschien.

„Lieber Herr Baron", begann der Monarch, „ich habe Sie als einen treuen und klugen Diener jederzeit erprobt; Sie haben es so recht eigentlich verstanden, die Monarchie aus der Zeit ernster Strenge in die Ideenwelt der Neuzeit herüberzusteuern, bis die beständigen Konflikte mit der Mehrheit der Kammer mich daran denken ließen, ein parlamentarisches Ministerium vorzuziehen, wobei ich mir durch Ihre Versetzung in den Staatsrat Ihren wertvollen Rat erhielt. Nachdem ich indessen gesehen, daß ich durch jenes Ministerium weit mehr und ernstere Differenzen gezeitigt, frage ich Sie auf Ehre und Gewissen, ob Sie sich getrauen, meine Regierung in einer Weise weiter zu leiten, die der großen Masse des Volkes so ziemlich Vertrauen auf eine vernünftige Entwickelung, Verbesserung und Milderung beklagter Zustände einflößt?"

gebührensystem beliebter sei, weil die Einzelgebührenteilnehmer stärker zunehmen als die Pauschalgebührenteilnehmer. Die Sache ist indessen die, daß die jetzige Pauschalgebühr für die kleinen Teilnehmer zu hoch ist. Würde sie herabgesetzt, so kämen sie auch bei dem Pauschalsystem auf ihre Rechnung. Und wenn die großen Teilnehmer zu wenig zahlen, so hätte man dem durch eine Er-Erhöhung ihrer Pauschalsumme abhelfen können. Das Pauschal-System einfach durchgehends durch das kleinkrämerische, umständliche, lästige Einzelgebührensystem zu ersetzen, dafür lag um so weniger Grund vor, als sich eine gerechtere Abmessung der Pauschalsummen schon jetzt leicht machen ließe, da auch das bisherige Einzelgesprächssystem eine Mindestzahl von 400 Gesprächen jährlich festsetzt, so daß für den, der nicht 400mal jährlich sein Telephon benutzt, der unbedingt zu zahlende und der Grundgebühr zuzuzählende Betrag von 20 Mk. faktisch mit einer Pauschalgebühr gleichbedeutend ist. Man hätte deshalb besser die Einzelgebühr wieder abschaffen und etwa Pauschalgebühren von 40 bis 300 Mk. jährlich einführen sollen. Damit hätte man die Einzelgesprächsabonnenten zu Pauschalabonnenten emporgehoben, statt, wie es Kraetke will, die Pauschalabonnenten zu Einzelgesprächsabonnenten herabzudrücken. Aber damit würde natürlich auch die Benutzung des Fernsprechers gehoben werden, und das ist es ja gerade, was der „Verkehrsreformator" verhindern will.

Kraetkes Entwurf will die Industriezentren und Großstädte in die kleinen Verhältnisse einzwängen, die Podbielski für die weniger benutzten ländlichen Fernsprecher geschaffen hatte. Er will den Telephonverkehr verländlichen. Die Städter sprechen zu viel in ihre Telephonapparate, sie sollen sich die schweigsameren Landleute zum Muster nehmen. Der Schnapsblock kann Herrn Kraetke ruhig einen Leichenstein bestellen mit der Inschrift: „Hier ruht ein agrarischer Reichspostmeister."

Der agrarische Charakter der neuen Fernsprechgebührenordnung zeigt sich am deutlichsten in der Feindschaft Kraetkes gegen die Bezirksnetze der Industriegebiete. In diesen von Stephan seit 1892 geschaffenen Bezirksnetzen, die ganze Industriegebiete in eine Art Stadtfernsprechanstalt zusammenschließen, seien die Verbindungsleitungen überlastet. Das Natürliche, ja Selbstverständliche wäre nun doch gewesen, diese Bezirksnetze intensiver auszubauen, um dem anwachsenden Verkehr gerecht zu werden und so der Überlastung abzuhelfen. Wenn ein Eisenbahnzug überfüllt ist, stellt man mehr Wagen ein, damit die Passagiere Platz finden. Kraetke zieht es vor, die Passagiere wegzujagen. Er hat, wie er sich in der Begründung selbst rühmt, die Bezirksnetze nicht nur nicht ausgedehnt oder vermehrt, sondern er hat vielmehr einen Teil der von Stephan geschaffenen Bezirksnetze kurzerhand wieder aufgehoben. Er kommt immer wieder auf seine verkehrsfeindliche Weisheit zurück, daß zu viel gesprochen werde. Der große Schneesturm Ende November, der so viele Leitungen zerstörte, hat also ganz im Sinne des Reichspostmeisters gewütet.

An die Erweiterung der Anlagen, damit die Überlastung aufhört, denkt Kraetke nicht. Im Gegenteil, er hat im neuen Postetat die Ausgaben für Neuanlagen enorm zurückgeschraubt. Es wird ja zuviel gesprochen, wodurch wie er in seiner Denkschrift klagt, die Erledigung wichtiger Gespräche zugunsten unwichtiger und überflüssiger Unterhaltungen zurückgedrängt werde. Über die Komik, zwischen wichtigen und unwichtigen oder überflüssigen Unterhaltungen unterscheiden zu wollen, scheint sich Herr Kraetke nicht klar geworden zu sein. Er hat offenbar die sonderbare Ansicht, daß die Geschäftsleute und sonstigen Teilnehmer aus reinem Übermut, aus Lust am lieblichen Geklingel an das Telephon laufen. Dazu ist denn doch die Fernsprecherei schon zu alt geworden, als daß man seinen Jux damit triebe. Wer heute an das Telephon geht, hat auch etwas zu sagen. Es ist ganz selbstverständlich, daß das Publikum, wenn es sich durch das Telephon am schnellsten und bequemsten verständigen kann, diesem den Vorzug gibt. Dazu sind doch die modernen Einrichtungen da, daß sie die unmodernen verdrängen. Das ist ja eben das Wesen des Verkehrsfortschritts. In Kraetkes Kopfe dagegen stellt sich der Fortschritt als Unfug dar.

So feindlich sich Kraetke gegen Großstadt und Industrie aufspielt, so liebevoll umschmeichelt er die Agrarier. Die neuen Fernsprechgebühren sind ebenso agrarisch, wie sie bureaukratisch sind. Die Pauschalgebühr wird abgeschafft. Die Grundgebühr soll 50 bis 90 Mk. und mehr betragen, sie wird um so höher, je anschlußreicher, das heißt verkehrsreicher und größer der Ort ist. Dazu kommt für jedes Gespräch eine Einzelgebühr von 4 Pfg. Der Agrarier, der bisher meist 400 Gespräche nicht erreichte und dafür mindestens 80 bis 120 Mark zu zahlen hatte, kann jetzt für 58 bis 66 Mark seine Telephonbedürfnisse vollauf befriedigen. Der großstädtische Geschäftsmann dagegen, der täglich zwanzigmal sprechen muß — und das kann unter Umständen ein ganz bescheidener Geschäftsmann sein —, hat 382 Mk. zu zahlen. Spricht er täglich fünfzigmal, was bei großstädtischen Geschäften und bei solchen in großen Industriegebieten leicht durch die Art des Geschäftes bedingt sein kann, ohne daß das Geschäft ausnehmend lukrativ zu sein brauchte, so kommt er auf 730 Mk. Bei Geschäften mit mehreren Anschlüssen schnellt die Gebühr in die Tausende hinein. Da wird sich natürlich jeder großstädtische Teilnehmer höllisch einschränken, während der Agrarier, der, selbst wenn er doppelt so viel spricht wie bisher, immer noch billiger wegkommt, seinem Telephonmundwerk keinen Zaum anzulegen braucht. Die Benutzung des Fernsprechers wird also der städtischen Geschäftswelt tatsächlich schon allein durch die enorme Tariferhöhung verekelt, von der unleidlichen, verkehrshemmenden Kleinrechnerei mit der Vierpfennig-Einzelgebühr ganz abgesehen.

Selbstverständlich wird die Folge ein großer Gebührenausfall sein, während mit einer Gebührenermäßigung stets eine Verkehrssteigerung verbunden ist. Aber Kraetke hat auch dafür seinen Aktentrost. Es heißt in der Begründung des Entwurfes, daß eine solche Erwägung nicht maßgebend sein könne, da jede starke Verkehrszunahme eine Erweiterung der Betriebseinrichtungen und eine beträchtliche Vermehrung des Personals zur Folge habe, was wieder große Kosten verursache. Kapitalistisch ist also Herr Kraetke nicht angehaucht. Er gleicht einem Zeitungsverleger, der den Abonnentenstand vermindert, um am Papier zu sparen.

Deutschland wird immer mehr ausgesprochener Industriestaat. Die Reichspostverwaltung dagegen stellt sich so, als ob sie die Industrialisierung nicht zu fördern, sondern aufzuhalten hätte. Sie holt ihre Überschüsse aus den Industriegebieten und Großstädten und setzt dafür die Interessen dieser hinter die des platten Landes zurück, obwohl sie aus diesem nichts herausholt, sondern ein gutes Teil der in den Städten erzielten Überschüsse dahin abladet. Warum läßt sich die Bourgeoisie dies gefallen, warum läßt sie selbst die Reichspost den agrarischen Interessen dienstbar machen? Als unter der Aera des Hottentottenblocks die neue Fernsprechgebührenordnung eingebracht wurde, hätte man ihre Annahme durch die Liberalen für ein Geschenk an die konservative Blockhälfte halten können, um den Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratie zu stärken. Auch kam in Betracht, daß bei der Reichsfinanzmisere ein fiskalischer Reichspostmeister bei der Regierungsmehrheit von vornherein einen Stein im Brett haben müßte. Die liberale Blockhälfte hätte also vielleicht auch die Kraetkesche Ungeheuerlichkeit geschluckt. Nachdem sich inzwischen die industriellen von den agrarischen Blockbrüdern getrennt haben und sich ein konservativ-klerikaler Block gebildet hat, könnte man annehmen, daß die neue Fernsprechgebührenordnung nur mit der konservativ-klerikalen Mehrheit durchzudrücken sei, die der gesamten Linken gegenüber eine sehr schwache Mehrheit ist. Aber bei der Angst der Bourgeoisie vor der Sozialdemokratie ist kein Ding unmöglich, da kann selbst ein solcher Entwurf noch liberale Unterstützung finden.

(Neue Zeit.)

Achte Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 20. und 21. Dezember 1909 waren — schreibt das Korrespondenzblatt der Generalkommission — die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer zweitägigen Beratung in Berlin versammelt. An erster Stelle führten die Bewegungen der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Grubenrevier und der Baugewerbe im kommenden Frühjahr zu einer gemeinsamen Aussprache, wodurch diese Angelegenheiten ihre Erledigung fanden.

Hinsichtlich des Ende August 1910 in Kopenhagen stattfindenden Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongresses wurde beschlossen, prinzipiell auch für diesmal an der paritätischen Vertretung von Partei und Gewerkschaften festzuhalten. Jede der beiden Gruppen soll durch 100 Delegierte vertreten sein.

Bezüglich der internationalen Verbindungen wird über den Stand der Angelegenheit der deutschen Delegation nach England und über den durch den Besuch Gompers in Europa eingeleiteten und vom amerikanischen Gewerkschafts-Kongreß in Toronto beschlossenen Beitritt des nordamerikanischen Arbeiterbundes zum internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen berichtet. Wenn die Generalkommission zum Empfang Gompers in Berlin außerordentliche Veranstaltungen traf, so galt dies sowohl dem Delegaten des großen nordamerikanischen Bruderbundes als auch der Bedeutung, die der Anschluß des letzteren an die Gewerkschaften Europas habe. Der Erfolg habe gezeigt, daß dieses seit Jahren erstrebte Ziel erreicht wurde. Gegenüber den Hinweisen auf Gompers Stellung zur Sozialdemokratie und seiner Zugehörigkeit zur Civic Federation müsse betont werden, daß wir uns in Deutschland auch nicht von außen in unsre Taktik und unsre inneren Einrichtungen hineinreden lassen. Das gleiche Recht müssen wir auch andern Ländern zugestehen. Jede andre Taktik könne den internationalen Zusammenschluß nur vereiteln. Zweifellos werde aber die Entwicklung der Dinge in den Vereinigten Staaten dahin drängen, daß auch die dortigen Gewerkschaften den von uns gewählten Weg ganz von selbst einschlagen. Ferner wird über die neuen Auseinandersetzungen mit der französischen Landeszentrale anläßlich der spanischen Unruhen berichtet. In der Debatte wird von keiner Seite das Verhalten der Generalkommission in der Gompersangelegenheit kritisiert, dagegen sprechen mehrere Redner ihre Mißbilligung über die seitens einiger Parteiorgane erfolgten Angriffe auf Gompers und die Generalkommission aus, die mit der bekannten Devise, daß Partei und Gewerkschaften „eins" seien, recht wenig harmonierten. Es wird jedoch festgestellt, daß es sich bei diesen Äußerungen keineswegs um offizielle Parteikundgebungen gehandelt habe.

Sodann wurde über die Gewerkschaftlichen Unterrichtskurse und über die einheitliche Regelung des Diäten- und Bücherbezuges eingehend beraten. Es wurde hierbei beschlossen, neben den Diäten ein angemessenes Wohnungsgeld zu zahlen, das auf 30 Mk. pro Monat (45 Mk. für den sechswöchigen Kursus) festgesetzt wurde. An Diäten sollen den auswärtigen Kursusteilnehmern 6 Mk., den in Berlin und Umgebung Wohnenden 3 Mk. pro Tag gezahlt werden. Die Entschädigung des versäumten Arbeitsverdienstes bleibt der Festsetzung jedes Verbandsvorstandes überlassen. Ferner wird den Teilnehmern ein Zuschuß zur Beschaffung von Büchern in Höhe von 40 Mk. gewährt, die je zur Hälfte von dem Verbandsvorstand und der Generalkommission getragen wird. Die Auszahlung der Diäten und eventuell eines Reisevorschusses soll auf Rechnung der in Betracht kommenden Verbände aus der Kasse der Generalkommission erfolgen. Diese Festsetzungen treten vom ersten Herbstkursus 1910 ab in Kraft. Es steht den Verbandsvorständen frei, schon vorher davon Gebrauch zu machen.

Einige vom Reichsstatistischen Amte gewünschte Änderungen in den Erhebungsformularen zur Tarifstatistik werden der statistischen Kommission zur Prüfung überwiesen. Zur Frage der Verzinsung von Darlehen, die zwischen Gewerkschaften aufgenommen werden, wird beschlossen, daß dieselben zu verzinsen sind. Das gilt auch für Darlehen, die seitens der Generalkommission gewährt wer-

---

„Ich glaube dies Ew. Majestät bestimmt versichern zu können; doch gestatte ich mir, Ew. Majestät noch den Vorschlag zu machen, die Führer des Volkes, welches jetzt in Waffen aufgestanden, zu hören, damit nach ihrem eigenen Urteil festgesetzt werden könnte, was rätlich und was möglich ist."

„Ja, ich will diese Leute sprechen, ich muß sie hören. Wollen Sie, Herr Baron, die Einladung übernehmen?"

„Ew. Majestät haben befohlen; ich eile, mich dieser wichtigen Mission zu unterziehen. In einer Stunde spätestens hoffe ich die Männer bei Ihnen einführen zu können. Doch einen Sicherheitsbrief werden dieselben verlangen."

„Sie werden denselben diktieren und mir dann zur Unterschrift vorlegen."

„Die Gegenzeichnung eines Ministers dürfte nötig sein."

„Ich habe keinen Minister, man wird sich mit der Gegenzeichnung des kommandierenden Generals begnügen."

Dr. Rassmaus war inzwischen, in allen Hoffnungen und Entwürfen getäuscht, aus dem Schlosse weggegangen; Wut und Grimm, Neid und Ärger bewegten seine Seele, auf welcher der Wunsch nach Rache obenauf schwamm. Ohne zu wissen, wohin seine Füße ihn trugen, war er bis zu dem Vorposten der Arbeiter gelangt, wo er angehalten wurde.

„Ich muß nach dem Rathause zu dem Herrn Dr. Lange," sprach er, von einem plötzlich auftauchenden Gedanken erfaßt, und alsbald wurden zwei Arbeiter kommandiert, ihn dorthin zu begleiten.

Lange, welcher eben erst vom Postplatze zurückgekehrt war, empfing die Anmeldung des Ministerpräsidenten mit nicht geringer Befremdung, ließ ihn jedoch nichtsdestoweniger eintreten.

„Ich komme zu Ihnen," rief Rassmaus, „wie Äschines, der besiegte und überzeugte Redner, zu Demosthenes, reuevoll und zerknirscht. Ich hatte bis zum letzten Momente an die Möglichkeit der Herrschaft einer Mittelpartei geglaubt und war der Segnungen einer solchen zu gewiß gewesen, als daß ich nicht Ihrer, meiner Ansicht nach als zu extremen, Richtung entschieden entgegenzutreten für meine Pflicht erachten zu müssen glaubte. Sie haben es für nötig gehalten, zum offenen Kampfe gegen mich zu schreiten, und das ist die Folge dieses unheilvollen Konfliktes zwischen Liberalen und Demokraten, den ich, wie Sie wissen, schon einmal durch eine gütliche Besprechung zu verhindern imstande war? Ein konservatives, unter solchen Umständen reaktionäres Ministerium steht vor der Tür!"

„Und was weiter, Exzellenz?" fragte nun Lange sehr kühl.

„Ich sehe jetzt ein, daß bei solchen Kämpfen nur die extremen Parteien zum Siege gelangen, und dann zehntausendmal lieber Republik als trostlosen Rückschritt. Deshalb komme ich, Ihnen die Hand zur Versöhnung zu bieten, Sie zu ermahnen, ja dringend anzuflehen, als letzter Hort der Freiheit, den Sieg bis aufs äußerste zu verfolgen, keinen gütlichen Vorschlag, der nur eine Falle sein kann, anzunehmen, und die Republik zu proklamieren. Die liberale Partei wird Ihnen, dafür bürge ich, nicht nur keinen Widerstand mehr entgegensetzen, sondern Sie unter Umständen sogar unterstützen."

„Herr Minister," entgegnete Lange ruhig, „nur eine Partei im Staate hat uns die Waffen in die Hand gedrückt, das war die Ihrige; nur eine Partei hat unser Blut vergossen, das war wieder die Ihrige. Diese Partei ist von uns auf dem Schlachtfelde besiegt, sie ist geschieden von uns durch einen Strom von Bruderblut, sie muß aufhören zu sein, damit wir aufhören könnten, ihr Feind zu bleiben. Was die Konservativen oder Reaktionäre betrifft, so haben wir noch mit ihnen abzurechnen und werden mit ihnen abrechnen, jetzt, da wir noch die Waffen in den Händen haben. Aber von Ihnen und Ihrer Partei nehmen wir in dieser Sache weder Rat noch Hilfe an, mit Ihnen gibts kein Bündnis, keinen Vertrag: entschließen Sie sich zu sterben als dritter Stand und in dem vierten oder letzten, oder vielmehr in dem allgemeinen Stand der Menschheit aufzugehen. Und eins: Sie haben die Wut gegen uns so weit getrieben, um Tausend Taler auf unseren Kopf zu setzen in der Hoffnung, daß sich ein armer Teufel finden würde, der diesen Sündenlohn zu verdienen trachten möchte. Es hat sich keiner gefunden. Auf ihren Kopf stehen noch zehn Taler ausgesetzt. Hüten Sie sich, daß nicht einer die zehn Taler lieber verdient, als jene Tausend. Ich will deshalb ihnen einen Begleiter bis zu unseren Vorposten stellen. Aber nun schonen Sie meine Zeit, sie ist mir in diesen Augenblicken sehr teuer."

Darauf schellte der Chef der revolutionären Regierung und ließ den Exministerpräsidenten nach den Vorposten begleiten.

Kurze Zeit darauf erschien Herr von Hohenhausen mit der Einladung und dem Schutzbrief, worauf Lange erklärte:

„Wir werden kommen!"

Nachdem er Barth mit der Fortführung der Geschäfte betraut, schickte er nach Hanke und Frank, die alsbald herbeieilten und ging mit ihnen sowie mit Josef Reinisch nach dem Schlosse, während man das fünfte Glied der revolutionären Regierung, Wießner, der aus vielen Gründen nicht zu entbehren war, zurückließ.

Als die Führer des Volks das Schloß betraten, präsentierte die Schildwacht, und ein Adjutant geleitete sie nach dem Zimmer, wo der König in Gesellschaft einiger seiner Räte, denen er das meiste Vertrauen zu schenken pflegte, sie empfing. Der Monarch heftete seine Blicke auf diese vier Gestalten mit einiger Neugier, dann bat er seinen Exminister, ihm die Herren vorzustellen, und wandte sich, nachdem dies geschehen, mit der Frage an Lange, den seine Wunden nicht wenig zu schmerzen begannen:

„Sie haben, Herr Doktor, die hervorragendste Rolle in dem Kampfe übernommen, der sich gegen meine Regierung entsponnen, und der leider nicht ohne Opfer geblieben, ja, wie es scheint, auch nicht an Ihrem Haupte ohne Spuren vorübergegangen ist?"

„Ich habe," erwiderte Lange, „keine andere Rolle gespielt, als die mich meine Fähigkeit und Kraft darstellen ließ; das andere, die Berufung an einen so hervorragenden Platz, hat das übergroße Vertrauen des Volks zu meinem Charakter und zu meiner Kraft bewirkt."

„Sie sind also mit meinem Ministerium unzufrieden?"

„Was mich betrifft, so berührt mich persönlich es wenig, ob ein gutes oder ein schlimmes Ministerium über meinem Haupte regiert. Aber das Volk, an dessen Leiden und Freuden ich innig Anteil nehme und dessen Sache zu führen ich mir vorgenommen, nennt dieses Ministerium unerträglich."

„Und eben dies mußte mich überraschen, da ich es berief, als das Volk in ziemlich unzweideutiger Weise nach einem Systemwechsel in der Regierung verlangte, und ich berief es, weil ich den Wunsch fühlte, in Frieden zu leben mit meinem Volke. Wie kommt es, muß ich fragen, daß dieses liberale Ministerium schnellere und energischere Demonstrationen hervorruft, wenn Demonstration das noch zu nennen ist, als selbst die Männer, die man konservativ nennt? Hat man dieses erste Nachgeben als Schwäche angesehen und darauf fußend unternommen, mir noch mehr abzutrotzen, abzukämpfen muß ich sagen? Glaubt man mich dahin bringen zu können, daß ich alle Verpflichtungen gegen die historischen Träger unseres Ruhms, unserer Bildung, unserer Taten und gegen die Inhaber des einmal verteilten Eigentums auflöse und eine Gleichheit anerkenne, die schon die Natur versagt? Sprechen Sie, Herr Doktor, wurde der Aufstand mit solchen Hoffnungen unternommen!"

(Fortsetzung folgt.)

den. Die Höhe des Zinsfußes ist von Fall zu Fall zu vereinbaren. Sodann wird über den Stand der Vorarbeiten zur Errichtung einer sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission berichtet. Dieselbe soll spätestens am 1. April 1910 in Tätigkeit treten. Als Leiter derselben ist Genosse Robert Schmidt, seither Zentralarbeitersekretär, bestimmt. Eine zweite Kraft für die sozialpolitische Leitung ist in Aussicht genommen. Weiterhin wird durch Übernahme der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz Genosse Heinke-Hamburg in das Bureau eintreten. Dazu soll eine weibliche Bureauhilfskraft angestellt werden. Aufgabe der sozialpolitischen Abteilung soll sein, aus Gewerkschaftskreisen die notwendigen Materialien für die sozialpolitische Gesetzgebung zu beschaffen und besonders auch die Rechtsprechung eingehend zu verfolgen.

Über die gewerkschaftliche Abteilung des Pressebureaus kann berichtet werden, daß dieselbe sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens aufs beste bewährt hat. Immerhin läßt die Berichterstattung einzelner Vorstände noch Lücken erkennen; auch sollte Wert auf möglichst schnelle Mitteilungen gelegt werden. Die Frage, ob das Pressebureau auch die Berichterstattung über die Verbandstage in die Hand nehmen könne, wird als noch nicht spruchreif erachtet. Den Vorständen sei zu empfehlen, diese Berichterstattung jeweils selbst zu organisieren, dann würden diese Berichte, wie jede andere Nachricht durch das Pressebureau verbreitet werden.

Die Anstellung eines Agitationsbeamten für Ostfriesland findet nicht die Zustimmung der Konferenz. Ein Antrag, betreffend Übertrittsfragen wird der nächsten Konferenz überwiesen, ebenso eine Interpellation betreffend der Unterstützungsansprüche doppelt organisierter Mitglieder. Den Verbänden wird empfohlen, den aus Jugendorganisationen zu den Gewerkschaften übertretenden Mitgliedern das Eintrittsgeld zu erlassen und die gezahlten Beiträge anzurechnen.

Zum Schluß fand eine Besichtigung der in den Räumen der Generalkommission veranstalteten dauernden Ausstellung von Verbandsmaterialien statt, deren Besuch jedem sich legitimierenden Verwaltungsmitglied der angeschlossenen Gewerkschaften freisteht.

Aus der Partei.

Wegen Beleidigung der Polizei verurteilt wurde der Gewerkschaftssekretär Genosse Trilse in Elbing. Die Beleidigung soll erfolgt sein in einer Versammlung, in der Genosse Trilse das Referat hielt. Trilse bestritt, die ihm zur Last gelegte Äußerung getan zu haben und verlangte die Vorlegung des Originals der amtlichen Aufzeichnungen. Dem Antrage konnte aber nicht entsprochen werden, da der überwachende Polizeikommissar keine Notizen gemacht hatte. Trotzdem wurde Trilse zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die rote Fahne auf dem Hambacher Schloß. Am Abend der Stichwahl in Neustadt-Landau wollte Parteisekretär Genosse Profit aus Anlaß des errungenen Sieges eine rote Fahne auf den Turm der Ruine hissen. Er und einige andere Genossen, die mit ihm auf das Schloß hinaufgewandert waren, wurden überrascht. Die Folge war eine Anklage wegen erschwerten Hausfriedensbruchs. Profit wurde von dem Schöffengericht Neustadt zu 8 Tagen, die andern 6 Angeklagten zu je 7 Tagen Gefängnis verurteilt. In der vorgestrigen Verhandlung vor dem Landgericht Frankenthal als Berufungsinstanz behielten die Genossen Profit und Scharfenberger ihre Strafe von 8 resp. 7 Tagen, die anderen Angeklagten wurden freigesprochen und die Kosten der letzteren der Staatskasse auferlegt.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 12. Januar 1910.

14. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück, Kraetke.

Die Beamtenmaßregelungen in Kattowitz.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen des Zentrums und der Polen wegen der Maßregelung von Reichsbeamten, weil sie ihr kommunales Wahlrecht ausgeübt haben.

Auf die Frage des Vizepräsidenten Dr. Spahn erklärt Staatssekretär Dr. Delbrück sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Graf v. Oppersdorf (Ztr.) begründet die Interpellation seiner Fraktion. Es handle sich hier nicht um den Gegensatz zwischen christlicher und liberaler Weltanschauung (Hrkt. und Widerspruch links), auch nicht um den Gegensatz der Parteien, sondern um die freie Betätigung bürgerlicher Rechte, an der alle Parteien interessiert sind. Den Beamten könne die freie Ausübung ihres Wahlrechts nicht untersagt werden, weder das Beamtengesetz noch die kaiserliche Botschaft wehrt es ihnen. In Dortmund und Essen haben infolge der Wahlbündnisse zahlreiche Beamte für den Sozialdemokraten gestimmt. Dort ist man nicht eingeschritten, wie es in Kattowitz geschah. Die Herren Staatssekretäre werden sich ja nachher bemühen, uns zu zeigen, daß man in Kattowitz richtig verfuhr. Der Staatssekretär des Reichspostamts hat ein Schreiben dahingeschickt, auf welches sofort die Versetzungen erfolgten. Natürlich waren es keine Strafversetzungen (Hört, hört!) sondern Versetzungen „im Interesse des Dienstes". (Große Heiterkeit im Zentrum und links.) Ich muß dem Reichskanzler meine Verwunderung über eine derartige Verwaltung aussprechen. Entweder liegt eine Pflichtverletzung vor, dann muß ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Wenn das nicht ist, dann verschone man diese Beamten mit Versetzungen, die vor aller Augen wie Strafversetzungen erscheinen. (Lebh. Sehr richtig! im Zentrum und links.) Zudem hat man auch moralisch den Beamten schweres Unrecht getan. Die Wähler hatten sich zu entscheiden zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten und den Liberalen einerseits und dem Zentrum und den Polen andererseits. Wenn jemals, so konnten bei dieser Stadtverordnetenwahl in Kattowitz katholische Wähler ihre Weltanschauung und ihre Religion nicht verleugnen. Die katholische Kirche war als eine Verdummungsanstalt hingestellt worden und man hatte zum Austritt aus der Kirche aufgefordert. Ich frage den Staatssekretär und den Reichskanzler, ob sie diese Umstände gekannt haben und ob sie nach der Kenntnis der Umstände die Stellungnahme der Gemaßregelten nicht in einem anderen Lichte sehen. Im Jahre 1905 war der Pole bei der Reichstagswahl für den Ostmarkenverein das „kleinere Übel" gegenüber dem Zentrum. 1900 war er es bei der Kommunalwahl. Er ist wirklich das kleinere Übel, das größte Übel ist die politische Heuchelei. (Lebh. Sehr wahr! und Sehr richtig!) Für die Ostmarken und besonders für die Beamten ist nur eines wichtig, die Erlösung von der knallenden Peitsche des Hakatismus. (Sehr richtig! i. Zentr. u. b. d. Pol.) Meine politischen Freunde wenden sich dagegen, daß die grundverkehrte Polenpolitik Preußens in die Reichspolitik übertragen wird. Wir verlangen, daß das an den Beamten verübte Unrecht gutgemacht wird und Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Vorgänge. (Lebh. Bravo! im Zentr. u. b. d. Pol.)

Korfanty (Pole): Ich habe als Kattowitzer Bürger die ganzen Ereignisse mitgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Hurrapatriotismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppenträger der Grubenbarone sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbevölkerung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenfanden, um die Herrschaft der Pseudoliberalen zu stürzen. Mit diesem Augenblick begann von der Gegenseite die Nationalitätenhetze und der philosophische Reichskanzler hielt es für angebracht, die gewerbsmäßigen Hetzer noch bei ihrer Tätigkeit anzufeuern. (Hört, hört! b. d. Polen.) Danach konnten sich die Hakatisten die gemeinsten Beschimpfungen gegen das polnische Volk erlauben. Der Vorwurf des Boykotts deutscher Kaufleute war noch das geringste. Aber auch er ist unwahr. Kein deutscher Kaufmann könnte sich halten, wenn wir ihn boykottierten. (Sehr wahr! b. d. Polen.) Das Kattowitzer Regierungsblatt berichtet, daß der Kaiser in Neudek sich von dem Polizeirat Mädler über die politische Lage aufklären ließ. Es ist skandalös, daß dem Staatsoberhaupte die Aufklärung eines Feldwebels genügt, wo es sich um das Wohl und Wehe von 200 000 Einwohnern handelt. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Nach der Wahl wurde unter den Beamten fürchterliche Musterung gehalten, Lehrer wurden öffentlich vom Schulrat gerüffelt und nach entlegenen Orten versetzt. Exzellenz Kraetke konnte da natürlich nicht zurückbleiben. Ein Beamter, der gewöhnt war, Tag für Tag in die Frühmesse zu gehen, wurde nach einem Ort ohne katholische Kirche versetzt. (Hört, hört! und Pfuirufe bei den Polen u. im Zentrum.) Die Maßregeln der Regierung sind bestimmt vom Haß gegen den Katholizismus und das Polentum. Hier erklärt die Regierung immer, man bekämpfe nur den Großpolonismus, den es übrigens gar nicht gibt. Aber der Regierungspräsident von Oppeln hat erklärt: Ob Groß-Polen oder Polen, das ist uns vollständig gleich. (Hört, hört! b. d. Polen.) Darf die Regierung überhaupt verlangen, daß die Beamten nach Vorschrift wählen. Nein! das steht im Widerspruch mit der Verfassung. Wir klagen die Regierung an, daß sie sich auf die Seite der volksvergiftenden Hakatisten geworfen hat, daß sie gegen die Verfassung verstoßen hat. Wir verlangen zur Verhütung solcher Vorkommnisse ein geheimes Wahlrecht, und bei dem Kampfe um das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht werden die Polen zur Stelle sein. (Lebhaftes Bravo! b. d. Polen.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Kattowitz kam es zu einem Kompromiß zwischen Zentrum und Polen. Es sollten zwei Abgeordnete der Zentrumspartei gewählt werden und zwei Abgeordnete, sagen wir einmal der großpolnischen Richtung. (Lebh. Oho! und Gelächter bei den Polen und links. Abg. Ledebour ruft: Sagen wir einmal: das ist echt bureaukratisch!) Es haben eine große Anzahl von Beamten für diese Kandidaten gestimmt. (Zuruf: Das war ihr Recht!) In der Stichwahl haben wiederum 15 Beamte für die beiden polnischen Kandidaten gestimmt. Diese sind alsbald in andere Orte versetzt worden, und dieses Verfahren hat die Zustimmung des Reichskanzlers gefunden. (Lebh. Hört, hört!) Es sind nur solche Beamte versetzt worden, die in der Stichwahl wiederum dem polnischen Kandidaten ihre Stimme gaben, obwohl sie durch ihre Vorgesetzten mündlich darüber belehrt worden sind. (Stürmisches Hört, hört! und bis zum Lärm sich steigernde Unruhe bei den Polen und links), belehrt waren, welcher Partei ihre Kandidaten angehörten, und in welcher Weise sie sich betätigt hatten, und obwohl sie darauf hingewiesen waren, daß es mit der Pflicht eines Beamten unvereinbar sei, die Bestrebungen der großpolnischen Partei zu unterstützen. Die Versetzungen tragen nicht den Charakter disziplinarer Bestrafung, sondern erfolgten im Interesse des Dienstes. (Stürm. Lachen.) Die Beamten kamen in ein anderes Amt mit gleichem Rang und gleichem Gehalt in Orte, wo sie nicht Gefahr laufen, mit der Beamtendisziplin in Konflikt zu kommen (Erneutes Lachen bei den Polen, links und im Zentrum), und wo sie in der nationalgesinnten Bevölkerung nicht Verwirrung und Unwillen erregen können. Beamte stehen grundsätzlich in der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte allen Staatsbürgern gleich (Sehr gut! bei den Soz.), ihre politische Betätigung erfährt aber gewisse Einschränkungen durch staatliche Erwägungen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es mit der Stellung eines Beamten unvereinbar ist, wenn er Bestrebungen unterstützt, die in ihrem letzten Ziele gegen den Bestand des Staates gerichtet sind. (Große Unruhe bei den Polen.) Wenn wir in dem Falle nationaler Notwehr in den Ostmarken von unsern Beamten unbedingte Heeresfolge verlangen, so ist das unser gutes Recht und ein Akt der Selbsterhaltung. (Bravo! rechts; stürmisches Zischen im Zentrum und bei den Polen.)

Auf Antrag Horn (Z.) findet Besprechung der Interpellation statt.

Gröber (Z.): Der Staatssekretär hat sich die Antwort leicht gemacht. Er bezeichnete die Stadtverordnetenkandidaten als Anhänger der „sagen wir einmal" (Heiterkeit) großpolnischen Bewegung. Die Betreffenden haben sich aber ausdrücklich als Gegner großpolnischer Bewegung bezeichnet. (Hört, hört!) Der Staatssekretär sprach von Belehrungen der Beamten vor der Stichwahl. Solche Belehrungen brauchen die Beamten nicht. Nur diejenigen müssen belehrt werden, welche die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten antasten. (Sehr gut! i. Z. b. d. Pol. u. Soz.) Es ist auch nicht wahr, daß den Gemaßregelten keine wirtschaftlichen Nachteile erwachsen sind. Sie wurden nicht hinauf gemaßregelt, wie die Kanalrebellen. (Sehr gut! und Heiterkeit!) Wenn die Beamten nach dem Wohlgefallen ihrer Vorgesetzten wählen sollen, dann wäre es besser, ihnen überhaupt kein Wahlrecht zu geben. Denn ein Wahlrecht ohne Wahlfreiheit ist überhaupt kein Wahlrecht. (Lebh. Beifall i. Z. b. d. Pol. u. Soz.) Die Beamten können doch nicht allen Schwankungen der Regierungspolitik folgen. Dieses zu verlangen, heißt ihre Autorität untergraben. Selbst der verrufene Minister des Innern in den fünfziger Jahren, von Westfal, gab wenigstens Wahlenthaltung zu. Der jetzige Reichskanzler geht weit hinter ihn zurück, wenn er die Kattowitzer Vorgänge billigt. (Sehr wahr! im Zentr.) Herr Dr. Heinze hat in der Etatsdebatte die Maßregelungen gebilligt. Herr v. Bennigsen hat üble Nachfolge gefunden. (Heiterkeit und Sehr gut! im Zentr.) Wir wollen einen selbstbewußten Beamtenstand, daher glauben wir im Interesse des Vaterlandes und der Monarchie zu handeln, wenn wir den Reichskanzler auffordern, die rechtswidrigen Maßregelungen rückgängig zu machen. (Stürm. Beifall im Zentr.)

Heinze (NL.): Die Polen fühlen sich immer noch in erster Linie als Polen. Ihre Angriffe richten sich vornehmlich gegen das Deutsche Reich. Seine Zertrümmerung ist ihre Hoffnung. (Huhu! bei den Soz.) Diese Hetze an unserer Ostgrenze können wir unter keinen Umständen dulden. (Lebh. Sehr richtig! bei den Natl.) Früher hat auch das Zentrum die Gefahr der großpolnischen Bewegung anerkannt. Leider ist es von dieser richtigen Haltung abgekommen und hat sich mit den Polen verbündet. Diese Interpellationen werden im Volke Klarheit verbreiten über die Ziele der Polen und die Hilfe des Zentrums. (Bravo! bei den Nationalliberalen. Zischen im Zentrum und bei den Polen.)

Henning (K.): Für die Stellung der konservativen Partei sind die patriotischen und nationalen Momente maßgebend. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt des Fürsten Bismarck und bedauern die Unterbrechung der konsequenten Politik durch die Ära Caprivi. Maßregelungen sind immer vorgekommen und Kattowitz ist doch nicht ein solches Paradies, daß es eine große Strafe ist, von dort weg versetzt zu werden. (Heiterkeit. Rufe: Unglaublich!)

Staatssekretär des Reichspostamtes Kraetke: Beamte, die für das Zentrum gestimmt haben, sind nicht versetzt worden, sondern nur solche, die für polnische Kandidaten gestimmt haben. (Rufe im Zentrum: Aber im Westen dürfen Postbeamte sozialdemokratisch wählen!) Von Sozialdemokraten ist hier nicht die Rede. Von diesen Vorgängen in Freiburg und Dortmund ist mir nichts bekannt. (Lachen im Zentrum.) Die Beamten sind durchweg nach schönen angenehmen Orten mit katholischen Kirchen und Schulen versetzt worden, nur zwei haben etwas dagegen eingewandt. Die Versetzungen geschahen, weil das Interesse des Dienstes es so verlangte. (Beifall rechts, und b. d. Natl.), Unruhe, Lachen und Zischen b. d. Polen, im Zentr. u. b. d. Soz.) Ein jedes Recht hat seine Grenze in den entgegenstehenden Rechten Dritter. Und das Recht auf absolut freie Betätigung der Beamten auf politischem Gebiete findet seine Beschränkung in den Rechten des Staates. Diese Beschränkungen werden den Beamten nicht willkürlich auferlegt, er tritt freiwillig in sein Dienstverhältnis ein. (Lachen links. Sehr richtig! rechts.) Er tut es auch nicht umsonst, denn das Beamtenverhältnis bringt ihm eine Reihe von Vorteilen und Ehren sowie eine gesicherte materielle Stellung. Der Staat hat die Aufgabe, die Interessen der Gesamtheit nach Maßgabe des bestehenden Rechts zu vertreten, er muß die Tätigkeit der Beamten beschränken, wenn sie im Widerspruch mit den öffentlichen Interessen steht. Bei schweren Verfehlungen wird das Disziplinarverfahren eingeleitet, in andern Fällen, wenn er an seiner seitherigen Stelle nicht mehr zu verwenden ist, wird er versetzt im Interesse des Dienstes (Lachen im Z. b. d. Pol. u. b. d. Soz.) In den Versetzungen liegt durchaus kein Nachteil, in der Mehrzahl der Fälle ist sie vielmehr ein Vorteil. (Heiterkeit) Redner verbreitet sich über die polnische Bewegung. Es gäbe dort allerdings auch kluge Leute, welche erkennen, daß augenblicklich an eine gewaltsame Losreißung des polnischen Landes von Preußen nicht zu denken ist. Dieses sei der einzige Unterschied der Richtungen im polnischen Lager. Auch die Kattowitzer Frage könne nur im Zusammenhang mit der ganzen politischen Situation beurteilt werden. Die beiden polnischen Kandidaten gehörten Vereinen an, welche Hauptträger der Agitation sind. Das Recht der Staatsregierung zum Eingreifen kann deshalb nicht bestritten werden. (Lebh. Zustimmung bei den Nationalliberalen und rechts) Die Polen arbeiten gern mit der Geschichte. Sie überschlagen gern die 130 Jahre seit der Okkupation. (Abg. Korfanty: Die haben wir sehr wohl im Gedächtnis!) Westpreußen war vor der Okkupation ein verwüstetes Land, heute haben wir dort lachende Fluren und blühende Städte. Wir können die Früchte dieser Arbeit nicht aus der Hand geben. (Lebh. Beifall rechts und bei den Nationallib.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Dr. Müller-Meiningen (zur Geschäftsordnung) erhebt Widerspruch gegen die heutige Redeordnung. Nach den Interpellanten hätten zunächst die andern Parteien zu Wort kommen müssen.

Bassermann (NL.): Das Gewohnheitsrecht, welches sich herausgebildet hat, geht dahin, daß der Herr Präsident die erfolgten Meldungen so numeriert, daß bei wichtigen Fragen stets die Fraktionen ihrem Stärkeverhältnis gemäß an die Reihe kommen. Dies entspricht der Billigkeit. (Sehr richtig! links.)

Gröber (Z.): Es ist ein Irrtum, daß immer nach der Stärke der Fraktion das Wort erteilt wurde.

Singer (SD.): Wenn Herr Gröber sich auf den Fall der mecklenburgischen Interpellation bezieht, so ändert das nichts an der Tatsache, daß früher Jahre hindurch die von den beiden Vorrednern geschilderte Gepflogenheit geherrscht hat. Es mag allerdings sein, daß unter dem neuen Block die Sache anders geworden ist. (Sehr gut! b. d. Soz. Lachen rechts.) Jedenfalls hat das Haus ein dringendes Interesse daran, daß wir zur früheren Praxis zurückkehren. Wenn eine Fraktion in der Weise wie heute begünstigt wird, so ist das eine Ungerechtigkeit ersten Ranges. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich bitte also den Herrn Präsidenten, die beiden anderen Präsidenten von unserm Wunsche zu unterrichten, daß zu der alten Gewohnheit zurückgekehrt werde. (Beifall b. d. Soz.)

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf Vizepräsident Dr. Spahn zugibt, daß allerdings eine Inkorrektheit vorgekommen sein mag, wird die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Außerdem Justizgesetze.

Schluß 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften unterm liberalen Reichsvereinsgesetz. Weitere Polizeimaßnahmen gegen die freien Gewerkschaften werden aus Thorn bekannt. Kaum ist das Urteil des Oberlandesgerichts bekannt geworden, wonach die Zahlstelle der Töpfer in Thorn für politisch erklärt und der Vorsitzende zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt worden ist, so ist schon wieder eine große Aktion im Gange. Gleich nach Neujahr erhielt der Vorstand der Maurer von der Polizei die Aufforderung, ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Der Vorstand hat in diesem Fall aber geantwortet, daß für ihn nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes keine Veranlassung vorliegt, dem Anfordern der Polizei nachzukommen. Mit denselben Mitteln setzte die polizeiliche Aktion gegen die Töpfer ein. Veraltete polizeiliche Versammlungsberichte aus der Zeit des alten Vereinsgesetzes bildeten die Unterlage zu dem Vorgehen bei den Töpfern. Jedenfalls kramt nun die Polizei die alten verstaubten Akten wieder hervor, um auch gegen die Maurer in derselben Weise vorgehen zu können, in dem Bewußtsein, daß ihre Handlungsweise endgültig anerkannt und durch Gerichtsbeschluß bestätigt wird.

Gewerbegerichtswahl in Eisenach. Nach einer schwindelhaften Agitation der Christlichen unter ihrem neuen Sekretär Neumann brachten es die Christlichen auf ganze 76 Stimmen, während die Liste des Gewerkschaftskartells der freien Gewerkschaften 1129 Stimmen auf sich vereinigte. Das den paar Christlichen zuliebe vor bald einem Jahre vom Gemeinderat beschlossene Proportionswahlverfahren kam noch nicht zur Anwendung, da es noch nicht von der Regierung genehmigt ist.

Reinigung der Mansfelder Kriegervereine. Die Tatsache, daß der große Bergarbeiterstreik im Mansfelder Revier eine völlige Umwälzung in der Weltauffassung der bisher stramm „reichstreuen" Bergsklaven hervorgerufen hat, hat sämtliche Kriegervereine des Bezirks in Aufruhr versetzt. Sie haben sich nun die Ausschlußurkunden gleich in Massenauflage herstellen lassen und verschicken sie nun an die aufsässigen Krieger, die dem Bergarbeiter-Verband beigetreten sind. Das Formular hat folgenden Wortlaut:

Beschluß.

Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, so lange diese sozialdemokratische Organisationen sind oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützen. (Beschluß des Abgeordnetentages des Deutschen Kriegerbundes, Eisenach, den 4. Juli 1909.)

Dieser Beschluß hat mit den für den unterzeichneten Verein verbindlichen Satzungen des Deutschen Kriegerbundes und des Preußischen Landeskriegerverbandes gleiche Wirksamkeit.

Der alte Bergarbeiterverband (Sitz Bochum) ist aber bekanntermaßen eine sozialdemokratische Organisation.

Da Sie sich geweigert haben, eine Erklärung:

1. der sozialdemokratischen Partei nicht anzugehören und ihr auch nicht beitreten zu wollen,
2. nicht Mitglied des genannten Bochumer Verbandes oder ähnlicher sozialdemokratischer Verbände zu sein, auch ihre Mitgliedschaft nicht erwerben zu wollen,

unterschriftlich zu vollziehen, so muß der unterzeichnete Vorstand annehmen, daß Sie einer dieser sozialdemokratischen Organisationen angehören, infolgedessen nicht mehr auf dem Boden der Satzungen unseres Vereins stehen, sich vielmehr mit diesem und dem Zwecke des Vereins in Widerspruch gesetzt haben.

Der unterzeichnete Vorstand hat daher in Gemäßheit des § . . . in seiner Sitzung am . . . beschlossen: Sie mit Verlust jeden Anspruchs an den Verein aus diesem auszuschließen.

Gegen diesen Beschluß steht Ihnen die Berufung an die Generalversammlung binnen einem Monat offen. Wir bemerken jedoch, daß Sie ein Recht, in der Versammlung des Vereins zu erscheinen und abzustimmen, nicht mehr haben.

Hettstedt, (Südharz), am 31. Dezember 1909.

Der Vorstand des . . . .

Bisher galt Mansfeld als das Dorado „reichstreuer Arbeitervereine", und die Zugehörigkeit der Arbeiter zu den Kriegervereinen gehörte zu den Selbstverständlichkeiten. Jetzt muß man in diesen Vereinen eine „Generalreinigung" vornehmen, ein Zeichen, daß das Militäraufgebot gegen die Arbeiter eine durchaus erfreuliche Wirkung erzielt hat.

Aufruf an die Bergarbeiter. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes erläßt folgenden, in der neuesten Nummer der „Bergarbeiterzeitung" veröffentlichten Mahnruf: „Bergarbeiter, Kameraden! Die Grubenbesitzer entfalten zurzeit eine fieberhafte Tätigkeit, um Arbeiter aus dem Auslande, und entgegen ihren bisherigen Beteuerungen auch aus den östlichen Bezirken Deutschlands, in Massen in das Ruhrbecken einzuschleppen. Löhne von 6 Mk. werden Leuten versprochen, die zumeist nie eine Grube gesehen haben, die darum auch keine Arbeit erhalten werden, wo diese Lohnhöhe erreicht wird. Vielfach verweigern die Angeworbenen die Arbeit und verlangen die Rückkehr in ihre Heimat. Diese Fremdentransporte arten zum Skandal aus und bilden nichts weiter als eine Provokation der Bergarbeiter im Ruhrbecken. Wir werden Schritte einleiten, wie der auf Lug und Trug aufgebauten Anwerbung fremder Arbeiter von unserer Seite entgegengewirkt werden kann. Unsere Kameraden im Ruhrbecken fordern wir auf, sich durch nichts aus der Ruhe herausbringen zu lassen. Disziplin in dieser Zeit tut doppelt not. Vor allen Dingen die Überschichten meiden, die nur den Zweck haben, reiche Kohlenlager aufzuhäufen, um so der Bergarbeiterschaft entgegenwirken zu können. Die Arbeiterpresse und alle arbeiterfreundlichen Organe, die Arbeitersekretariate und Gewerkschaftskartelle in Deutschland wie im Ausland werden gebeten, der Auswanderung nach dem Ruhrbecken entgegen zu arbeiten und uns Mitteilung zukommen zu lassen, wo die Werbeagenten des Ruhrbeckens ihr Unwesen treiben. Unsere Kameraden selbst aber mögen ohne Unterlaß den Bergarbeiterverband zu stärken versuchen, ihm neue Mitglieder zuführen und später durch Leistung der von den Vertrauensleuten des Ruhrbeckens und den Bezirksleitern des Verbandes gewünschten und beschlossenen Extrabeiträge die Schlagkraft des Verbandes für den kommenden Kampf gegen die Unterdrückungspolitik der Grubenbesitzer zu erhöhen suchen."

Ein Streik polnischer Arbeiter. Jetzt mitten im Winter haben 300 polnische Arbeiter einen Streik in Ostpreußen siegreich durchgeführt. In der Oberförsterei Eichwald bei Insterburg legten die polnischen Arbeiter die Arbeit nieder, weil sie zu niedrige Löhne erhielten. Sie nahmen die Beschäftigung erst wieder auf, als ihre Forderungen bewilligt wurden.

Einheitsorganisation der Handelsangestellten in England. Die drei Gewerkschaften der Handlungsgehilfen, Laden- und Konsum-Angestellten in England sind in Unterhandlung getreten, um über die eventuelle Schaffung einer Einheitsorganisation zu beraten.

Ein von Unternehmern einseitig aufgestellter Tarifvertrag ist unverbindlich. Von 1905 bis 1907 bestand in Augsburg ein zwischen dem Brauereiarbeiterverband und der Brauereivereinigung abgeschlossener Tarifvertrag. Dieser wurde 1907 beiderseits gekündigt. Die Unternehmer lehnten aber jede Verhandlung zur Erneuerung des Tarifvertrages ab und diktierten einseitig die Bestimmungen. Aus diesem Grunde bestand damals auch ein hartnäckiger Kampf, an welchen die Unternehmer jetzt noch mit Unbehagen zurückdenken. Zu einem gegenseitigen Tarifabschluß kam es jedoch bisher nicht. Nun enthält der von den Unternehmern aufgestellte Tarif die Bestimmung, daß die Kündigung ausgeschlossen ist. Ein Arbeiter wurde kündigungslos entlassen und klagte auf eine Entschädigung von 68,12 Mk. Die verklagte Brauereibesitzerin berief sich auf den in ihrem Tarif enthaltenen Kündigungsausschluß. Das Gewerbegericht Augsburg verurteilte sie zur Zahlung von 54,30 Mk. an den Kläger, weil der einseitig von den Arbeitgebern vereinbarte Tarif nur ein Tarifentwurf sei und keine Rechtsverbindlichkeit habe.

Neue Hafenarbeiterkonflikte in Schweden. Die Stauereifirmen Stockholms haben den Hafenarbeitern den Tarifvertrag zum 1. April gekündigt und ihnen zugleich Vorschläge zu einem neuen gemacht. Sie wollen die Arbeitsbedingungen wesentlich verschlechtern, die Stundenlöhne von 60 auf 55 Öre, in gleichem Maße auch die Akkordlöhne herabsetzen und den Ablauftermin des neuen Vertrages auf den 1. Januar 1911 festsetzen, auf eine Jahreszeit, zu der die Arbeit im Stockholmer Hafen darniederliegt. Der erste Mai, der bisher als voller Ruhetag galt, soll in Zukunft nur noch halb gefeiert werden. Auch die Kohlengrossisten haben ihren Arbeitern den Tarifvertrag gekündigt, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Verharrt das Unternehmertum auf seinen Forderungen, so wird es jedenfalls zum Kampf kommen, der sich dann, wie im Frühjahr 1908, sehr bald auf die andern Hafenplätze ausdehnt. Das ist wahrscheinlich auch der Plan des Unternehmertums. In der südschwedischen Hafenstadt Ystadt ist es bereits zum offenen Konflikt gekommen. Dort wollen die Unternehmer die genossenschaftliche Arbeitsweise der Hafenarbeiter, die bisher infolge geltender Verträge noch bestand, vernichten. Die Akkordpreise sollen um ungefähr 25 Proz. herabgesetzt werden, damit eine Stauereiaktiengesellschaft den üblichen Unternehmergewinn einheimsen kann. Die Reeder stecken mit der Gesellschaft unter einer Decke. Die vom Staat subventionierte Reedereigesellschaft Svea hat einen mit dem Hafenarbeiterfachverein geschlossenen Arbeitsvertrag, der bis auf den 15. April gelten sollte, gebrochen und will keine organisierten Arbeiter mehr beschäftigen. Die Schiffe der Gesellschaft werden nun boykottiert. Übrigens hat die arbeitsstatistische Abteilung des schwedischen Kommerzkollegiums jüngst das Ergebnis einer Umfrage bei den Reedern über die durch den Hafenarbeiterkampf von 1908 erlittenen Verluste veröffentlicht. Die Aussagen der Reeder laufen darauf hinaus, daß die Hafenarbeit infolge der Verwendung von Streikbrechern, die ungeübt waren, sehr verteuert und verzögert wurde, so daß auch höhere Liegekosten für die Schiffe zu zahlen waren. Eine Göteborger Reederei schätzte diese direkten Unkosten durch den Konflikt auf 20 000 Kronen, eine Stockholmer Reederei auf 6500, eine andere auf 2500 Kronen. Die meisten Reedereien haben keine bestimmten Angaben über die Unkosten gemacht, so daß die Gesamtsumme nicht festgestellt werden konnte. Zu diesen Unkosten durch Streikbrecherarbeit usw. kommen noch die Verluste, die die starke Verminderung des Schiffsverkehrs in den schwedischen Hafenorten mit sich brachte. Namentlich die ausländischen Frachtschiffe haben während des Konfliktes selbstverständlich die schwedischen Häfen gemieden. Jedenfalls wäre es dem Unternehmertum viel billiger gekommen, sich in Güte mit den Arbeitern zu einigen. Gleichwohl scheint es, daß man jetzt von neuem einen solchen Kampf heraufbeschwören will. Übrigens steckt hinter den Reedern und Stauereiunternehmern wieder einmal die streitsüchtige Schwedische Arbeitgebervereinigung.

Soziales.

Kindergerichtshöfe in London. Kindergerichtshöfe bestehen schon in einer ganzen Anzahl englischer Städte; für London sind solche erst mit dem 1. Januar d. J. in Kraft getreten. Vorläufig sollen sie als besondere Abteilungen bei sechs Londoner Gerichten eingerichtet werden, obgleich von allen Seiten die Notwendigkeit, nicht nur besondere Räume mit eigenen Zugängen, sondern möglichst besondere Gebäude für Jugendgerichtshöfe bereitzustellen, betont und anerkannt wird. In hierauf bezüglichen Eingaben wird u. a. darauf verwiesen, daß in Kanada und in den Vereinigten Staaten in den letzten 20 Jahren die Vergehen Jugendlicher um rund 50 Proz. abgenommen haben. Es wird das zum größten Teil auf den Einfluß der Jugendgerichtshöfe zurückgeführt. Daß die Neueinrichtung gerade in London von großem Werte sein wird, ist zweifellos, schon in Anbetracht der großen Zahl der täglichen Verurteilungen Jugendlicher in dieser Metropole des Elends.

Aus dem Gerichtssaal.

Aus dem Mansfeldischen. Auch das Schwurgericht wird sich mit den Streikvorgängen im Mansfelder Bergrevier zu beschäftigen haben. Der Bergmann Karl Otto aus Molineck soll während des Streiks versucht haben, einen Arbeitswilligen mittels Gewalttätigkeit und Ehrverletzung zur Teilnahme am Streik zu veranlassen. Das Schöffengericht in Hettstedt hatte sich zum zweiten Male mit der Sache zu befassen, nachdem in der ersten Verhandlung sein Vorsitzender wegen Befangenheit abgelehnt worden war. Die Strafkammer in Halle erklärte den Amtsrichter nicht für befangen. In der erneuten Verhandlung wurden drei Monate Gefängnis beantragt. Das Schöffengericht erklärte sich jedoch für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht in Halle. — Dem Rechtsempfinden schlägt dieser Versuch, einen zweiten Landfriedensbruchprozeß zu konstruieren, ins Gesicht.

Das übliche deutsche Kasernenbild entrollte wiederum eine Verhandlung vor dem Dresdener Kriegsgericht. Wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung eines Untergebenen war der Unteroffizier Giese und wegen Fahnenflucht der Rekrut Zinz, beide vom Grenadier-Regiment Nr. 101, angeklagt. Zinz hatte mehrfach unter Mißhandlungen, Schikanen usw. seitens des Unteroffiziers Giese zu leiden. „Lump", „Vagabond" und „Lausejunge" waren die üblichen Bezeichnungen, die der 20jährige Unteroffizier gegen den 23jährigen Soldaten gebrauchte. Als Z. eines Tages wieder arg schikaniert wurde, indem er den Putzkasten fünf- bis sechsmal aus- und einräumen, gleich danach zirka zehnmal zur Stube heraus- und hereinrennen mußte und wegen einer Lappalie vom Hauptmann mit Arrest und Festungsgefängnis bedroht wurde, desertierte er am 22. November früh. Am 2. Dezember wurde er auf Grund eines Steckbriefes verhaftet. Als Grund der Entfernung gab er die schlechte Behandlung seitens des Unteroffiziers an. Der darauf angeklagte Unteroffizier stritt vor Gericht alles ab. Der Soldat erklärte, daß er wie ein Gefangener behandelt worden sei. Wenn er sich etwas kaufen wollte, habe er immer erst den Unteroffizier fragen müssen!! Vom Hauptmann wurde Z. als unglaubwürdig bezeichnet! Er blieb schließlich auch unvereidet!! Das jedem Rechtsempfinden widersprechende Urteil lautete bei dem Unteroffizier auf — Freisprechung (weil die Angaben Z.s unglaubwürdig seien!) und bei Zinz auf — drei Monate und eine Woche Gefängnis!!

Aus Nah und Fern.

Auf dem Jahrmarktsrummel abgestürzt. Beim Jahrmarktsrummelfeste in Gleiwitz stürzte im Konzerthause ein Teil der Galerie in den Saal hinunter. Ein Eisenbahnarbeiter wurde von den herabstürzenden Balken so schwer getroffen, daß er an einem doppelten Schädelbruch bald darauf starb.

Ein Waffendiebstahl wurde wiederum bei einem schlesischen Regiment verübt. Bei der 11. Kompagnie des 22. Infanterieregiments in Beuthen wurde, oberschlesischen Blättern zufolge, das Schloß aus einem im Gewehrständer stehenden Dienstgewehr entwendet, ohne daß man über dessen Verbleib das geringste ermitteln konnte.

Eifersuchtsdrama. Der aus Peru stammende Dr. jur. Alfredo Neuhaus hat in Berlin auf seine Geliebte, die 17jährige Näherin Margarethe Kusseck, einen Schuß abgegeben, durch den sie jedoch nur leicht verletzt wurde. Hierauf erschoß er sich selbst. Das Motiv ist Eifersucht.

Vom Oberleutnant Hofrichter. Auf dem Friedhofe in Leitmeritz wurde der Leichnam der im Jahre 1904 verstorbenen Braut des Oberleutnants Hofrichter exhumiert und photographiert. Proben des Erdreichs und der Fleischteile wurden nach Wien gesandt.

Kapitalistische „Wohlfahrt". Ein Schlosser, der zurzeit in der Lungenheilstätte Sonnenberg zur Kur weilt, und der in der nächsten Zeit als erwerbsfähig entlassen werden soll, erhielt von der Fabrikleitung, bei der er dreizehn Jahre beschäftigt war, und zwar in der besonders gesundheitsschädlichen Abteilung für Bleiverlötung, folgende Zuschrift:

Frankenthaler Kesselschmiede u. Maschinenfabrik Kühnle, Kopp u. Kausch, A.-G.

Frankenthal, d. 3. Jan. 09 (soll heißen 10).

Herrn . . . . . .

zurzeit in Heilstätte Sonnenberg.

Die Unterstützungspflicht unserer Krankenkasse Ihnen gegenüber hört mit dem 20. d. Monats auf.

Wir ersuchen Sie, sich um andere Arbeit rechtzeitig umsehen zu wollen, da Sie in unserem Betriebe aus Gesundheitsrücksichten nicht mehr eingestellt werden können.

Achtungsvoll

Kühnle, Kopp u. Kausch, A.-G.

(Namensunterschrift unleserlich.)

Man ist ja von Unternehmern gewohnt, daß sie keine Rücksicht nehmen mit einem Arbeiter, aber so viel Humanität sollten sie doch besitzen und mit der Entlassung warten, bis der Arbeiter die Kur beendet. Dreizehn Jahre hat der Mann die Knochen zu Markte getragen, bis er krank wurde, dann ein Fußtritt — ade! Der Arbeiter hat seine Schuldigkeit getan, jetzt kann er hungern.

Ein geistlicher Terrorist. Herr Pfarrer Scheugenpflug, Kämmerer und Schulinspektor in Geiselhöring (Oberpfalz), der Sonntag für Sonntag von der Kanzel herab besonders gegen die sozialdemokratische Presse loszieht, die Kinder in der Schule ausfragt, welche Zeitung die Eltern halten und eifrig von Haus zu Haus für die Zentrumspresse agitiert, hat kürzlich an die Leitung der Malzfabrik in Geiselhöring die Anzeige erstattet, daß ein seit zwanzig Jahren dort beschäftigter Arbeiter Gabler das „Bayrische Wochenblatt" lese und auch die anderen Arbeiter dazu verleite. Das solle sie nicht dulden; in ein solch großes Geschäft gehöre ein Zentrumsblatt und „der Gabler — wissen Sie, Herr Verwalter — das ist ein Sozialdemokrat!" Der Herr Pfarrer sagte nicht direkt, daß Gabler entlassen werden solle, aber gemeint hat er es wohl. Die Verwaltung der Fabrik erklärte jedoch dem Herrn Pfarrer: „Erstens sind wir mit unseren Leuten sehr zufrieden, und zweitens können wir ihnen nicht verbieten, diese oder jene Zeitung zu lesen." Damit war der Herr Pfarrer abgeblitzt.

Der Zeugeneid des Kaplans. Der katholische Kaplan Faur in Oberkirch (Baden), der feindselige Bekämpfer der sozialdemokratischen Partei, ist am Freitag in einem Privatprozeß als Zeuge des Meineides überwiesen worden. Er leugnete, mit der Frau eines Werkmeisters allzu liebenswürdig verkehrt zu haben. Die nach ihm als Zeuge vernommene Frau leugnete ebenfalls, wurde aber durch eindringliche Warnungen zum Geständnis getrieben. Der Kaplan blieb auf freiem Fuße und verschwand. Der Kaplan Faur bestritt in einer Klage gegen das sozialdemokratische Volksblatt in Offenburg die Anfertigung anonymer Schmähbriefe. Sie wurden ihm in erster Instanz nachgewiesen; in der Berufungsklage ließ er durch einen Zeugen Aussagen machen, deretwegen die Strafkammer Offenburg ihn freigesprochen hat. Jetzt ist das Wiederaufnahmeverfahren möglich.

Lotterie im Reichsland. Die „Straßburger Korrespondenz" schreibt, daß die reichsländische Regierung bis auf weiteres auswärtige Lotterien im Reichslande nicht mehr genehmigen wird. Jedenfalls hängt das damit zusammen, daß die reichsländische Regierung die preußische Lotteriegemeinschaft in Elsaß-Lothringen einführen möchte.

Ermittelte Mörder. Dienstag abend wurden in Jedlee die Brüder Zdunek und die Ehefrau des einen Zdunek wegen Verdachts, den Mord an der Familie Wassilewski in Boguslaw begangen zu haben, verhaftet. Die Zdunek haben Schwestern des ermordeten Wassilewski zu Frauen. Bei einer Haussuchung wurden Kleidungsstücke vorgefunden, die nach den Aussagen von Zeugen den Ermordeten gehört haben. Die Verhafteten wurden in das Gefängnis in Pleschen gebracht.

Fünf Arbeiter schwer verletzt. In der Fabrik der Gebrüder Opel, Automobilwerke in Rüsselsheim sind zwei Arbeiter durch Gerüsteinsturz und drei durch ausströmende Dämpfe lebensgefährlich verletzt worden.

Volksjustiz in den Vereinigten Staaten. In den Vereinigten Staaten wurden im Jahre 1909 nicht weniger wie 70 Personen durch den Pöbel gelyncht, meist für Vergehen oder angebliche Vergehen gegen Frauen usw. In einem Falle wurden vier Männer zugleich wegen Viehdiebstahl gehängt. In den letzten Jahren hat die Zahl dieser „Volksgerichte" wieder bedeutend zugenommen, ein bedauerliches Zeichen für den Tiefstand der Bevölkerung in vielen Staaten, wie auch für die Unfähigkeit der Regierung, diesen Schreckenstaten ein Ziel zu setzen.

Der widerrufene arktische Vorname. In New Jersey hat ein Kind, dem seine Eltern in der ersten Begeisterung über die angebliche Entdeckung des Nordpols durch Cook die Vornamen „Frederik A. Cook" beigelegt hatten, umgetauft werden müssen, da seine voreiligen Eltern entweder sich geärgert hatten, daß ihr Vertrauen so grimmig getäuscht worden ist, oder befürchteten, ihr Sprößling könnte einmal später den Spöttereien boshafter Nebenmenschen ausgesetzt sein. Sie zogen also die pseudoarktischen Vornamen zurück, widerstanden auch der Versuchung, ihn „Robert E. Peary" zu taufen, und nannten ihn ganz schlicht und einfach John Henry. Die Neuyorker „Evening Post", die diese Tatsache registriert, findet den Ausweg, dem kleinen Erdenbürger einen neuen Namen zu geben, nachdem sich herausgestellt hatte, daß mit dem ersten kein Staat zu machen war, ganz vernünftig. Denn, meint es mit deutlicher Anspielung, warum sollte man Vornamen nicht ebenso gut widerrufen können wie goldene Medaillen oder Doktortitel, die von impulsiven Universitätsfakultäten zuerkannt worden seien.

Schweres Unglück. Wie ein Telegramm aus Chikago meldet, sank dort vor dem Warenhause Boston Store das Trottoir ein. Über dreißig Passanten stürzten in die Tiefe. Ein Toter wurde bisher aufgefunden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.